

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/3386)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 02. August 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Nach der bis Februar 2021 geltenden Rechtslage ist den als Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern tätigen Beamten in Thüringen eine Zulage gewährt worden. Durch das Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes vom 21. Dezember 2020 wurden nun endlich wieder Funktionsstellen für Fachleiter eingeführt. Dies ist wichtig, um einen Anreiz für die unverzichtbare Tätigkeit als Fachleiter zu schaffen und deren herausgehobene Tätigkeit zu honorieren.

Obwohl das Kriterium, dass der jeweilige Beamte mindestens hälftig als Fachleiter verwendet werden muss, auch bereits für die Gewährung der damaligen Zulage galt, bereitet dieses nun in der Praxis Schwierigkeiten. Da ein Beförderungssamt Beamten nicht nur während der Zeit der tatsächlichen Ausübung der Funktion, sondern dauerhaft zukommt, wird das Kriterium offenbar nun strenger ausgelegt.

Nach Schätzungen des Bildungsministeriums erfüllt mehr als die Hälfte der bislang als Fachleiter Tätigen das Kriterium der hälftigen Verwendung nicht. Sofern in der Vergangenheit diesen Beamten dennoch die Zulage gewährt worden ist und diese nun entfällt, wird das Ziel des Gesetzes, die Tätigkeit als Fachleiter besser wertzuschätzen und zur Übernahme dieser wichtigen Funktion anzuregen, ins Gegenteil verkehrt. Dies gilt insbesondere für Mangelfächer und die berufsbildenden Schulen, in denen in Thüringen nur wenige Lehramtsanwärter ausgebildet werden. Hier kann selbst bei planerischer Bemühung auch perspektivisch keine hälftige Verwendung erreicht werden.

Auch wenn eine hälftige Verwendung nicht erreicht wird, handelt es sich bei der Tätigkeit als Fachleiter aber um eine verantwortungsvolle Aufgabe mit herausgehobener Bedeutung für die Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte an unseren Thüringer Schulen, für deren Ausübung es einen Anreiz zu setzen gilt.

B. Lösung

Es wird eine Zulage für die Fachleiter eingeführt, welche die Funktionsstelle "Seminarrektor" nicht innehaben und nicht hälftig verwendet werden.

C. Alternative

Keine

D. Kosten

Pro Fachleiter, dem diese Zulage gezahlt wird, entstehen dem Freistaat Mehrkosten in Höhe von 2.400 Euro. Nach Schätzungen fallen in den Anwendungsbereich der Zulage maximal 160 Fachleiter. Die gesamten Mehrkosten der Neuregelung für ein Kalenderjahr belaufen sich damit auf maximal 384.000 Euro.

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Besoldungsgesetz in der Fassung vom 18. Januar 2016 (GVBl. S. 1, 166, 202), zuletzt geändert durch Artikel 1 bis 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (GVBl. S. 655), wird wie folgt geändert:

1. In Anlage 1 wird dem Abschnitt II folgende Nummer 12 angefügt:

"12. Zulage für Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern

(1) Beamte erhalten während einer Verwendung als Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern eine Stellenzulage nach Anlage 8, wenn sie das Amt 'Seminarrektor' nicht bekleiden.

(2) Absatz 1 gilt auch während einer der Tätigkeit eines Fachleiters entsprechenden Verwendung von Beamten in der pädagogisch-praktischen Nachqualifizierung für an staatlichen Schulen eingestellte Lehrkräfte nach § 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ThürBildLbVO.

(3) Diese Zulage wird nicht an Beamte gezahlt, denen gemäß § 67 c Abs. 3 die Zulage für Fachleiter nach der Anlage 1, Besoldungsordnungen A und B, II. Stellenzulagen, Nummer 9 Abs. 1 oder 2 des Thüringer Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 18. Januar 2016 (GVBl. S. 1, 166, 202), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juli 2019 (GVBl. S. 286), weiter gewährt wird."

2. In Anlage 8 wird Tabelle 1 wie folgt geändert:

- a) In Spalte 3 wird nach der Angabe "Nummer 9, 10 und 11" die Angabe "Nummer 12" eingefügt.
- b) In Spalte 4 wird nach der Zahl "300,00" die Zahl "200,00" eingefügt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2021 in Kraft.

Begründung:

Die Neuregelung hat zum Gegenstand, Fachleitern, die nicht das Funktionsamt "Seminarrektor" ausfüllen, eine monatliche Zulage in Höhe von 200 Euro für die Übernahme dieser wichtigen Tätigkeit zu gewähren. Zielgruppe der Regelung sind insbesondere die Fachleiter, die das Funktionsamt nicht bekleiden können, weil in ihrem Fall die Anforderung der mindestens hälftigen Verwendung nicht erfüllt ist.

Die Regelung schließt aber auch nicht grundsätzlich aus, dass Beamte, die hälftig als Fachleiter verwendet werden, statt der Funktionsstelle die Zulage erhalten können. Unsachgemäß und dem Regelungszweck nicht entsprechend wäre es dagegen, wenn die neue Zulage zusätzlich zu der aufgrund der Übergangsbestimmung weitergezahlten bisherigen Zulage gewährt werden würde. Diese Konstellation ist durch Nummer 12 Abs. 3 daher ausgeschlossen.

Die Höhe von 200 Euro entspricht in etwa dem finanziellen Plus, das ein Beamter in Erfahrungsstufe 4 bei der Höhergruppierung von der Besoldungsgruppe A13 zur Besoldungsgruppe A14 erhält. Das ist sachgerecht, weil der Fachleiter als Seminarrektor in hälftiger Verwendung zugleich den Vorteil hat, seine ganze weitere Laufbahn das Funktionsamt zu bekleiden, während die Zulage nur während der Verwendung gewährt wird. In höheren Erfahrungsstufen profitiert der Fachleiter als Seminarrektor dann von einem Mehrbetrag von teilweise sogar mehr als 500 Euro. Das Inkrafttreten zum 1. August 2021 ist zeitnah und gewährleistet zugleich, dass die dem gestaffelten Inkrafttreten der letzten Änderung des Besoldungsgesetzes geschuldete derzeit noch bestehende Differenzierung von Fachleitern für das Grundschullehramt und andere Lehrämter einheitlich behandelt werden kann.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof

Friedrich-Schiller-Universität, Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Thüringen

Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt, Lehramt an berufsbildenden Schulen

DGB Hessen-Thüringen

Thüringer Lehrerverband

Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Gera, Lehramt für Förderpädagogik

Berufsschullehrerverband Thüringen

tbb Beamtenbund und Tarifunion Thüringen e.V.

LAG der Freien Schulträger in Thüringen

Prof. Dr. Brinktrine, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Interessenvereinigung der Gymnasien in Thüringen e.V.

Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt, Lehramt an Gymnasien

Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter Thüringen

Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt, Lehramt an Grundschulen

Thüringer Philologenverband

Thüringischer Landkreistag e.V.

Verband Sonderpädagogik e.V., Landesverband Thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben - soweit für sie zutreffend - zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/3386 –		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1
	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	U Geschäfts- oder Dienstadresse U Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Finanzkontrolle	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) Gegen den Gesetzentwurf bestehen Bedenken. Die Einführung einer weiteren Stellenzulage unabhängig vom Umfang der tatsächlichen Verwendung als Fachleiter ist abzulehnen. Eine Stellenzulage setzt einen Dienstposten voraus, der generell durch die zulageberechtigende Funktion geprägt ist. Die Zahlung einer Zulage für unterhältliche Tätigkeiten ist damit nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht mit dem Verhältnis von Grundgehalt und Zulagen nicht vereinbar.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	per E-Mail u. per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 8. Juli 2021	



Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des
Haushalts- und Finanzausschusses
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/3386 –

hier: Schriftliches Anhörungsverfahren durch den Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer Landtags

Rudolstadt
8. Juli 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Rechnungshof nimmt zu dem Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes (Drucksache 7/3386) und zu den vom Ausschuss gestellten Fragen wie folgt Stellung:

I Zum Gesetzentwurf

Gegen den Gesetzentwurf bestehen Bedenken.

Der Rechnungshof hatte bereits mit Schreiben vom 27. November 2020 zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in der Drucksache 7/2037 Bedenken geäußert, für Fachleiter eigene Dienstposten zu definieren, da die Tätigkeit als Fachleiter – ebenso wie andere zusätzliche Aufgaben – neben der Unterrichtsverpflichtung der Lehrer wahrgenommen wird. Die damit einhergehende erhöhte Belastung wurde durch die Stellenzulage und die Verringerung der Unterrichtsverpflichtung abgedeckt. Die Zahlung war abhängig vom Umfang der übertragenen (Zusatz-)Aufgabe, diese wiederum vom Vorhandensein zu betreuender Lehramtsanwärter.

Die Einführung einer weiteren Stellenzulage unabhängig vom Umfang der tatsächlichen Verwendung als Fachleiter widerspricht § 40 ThürBesG, wonach nur für herausgehobene Funktionen Stellenzulagen gewährt werden können. „Die Bestimmung des § 40 ThürBesG übernimmt die Regelungen des § 42 des Bundesbesoldungsgesetzes in Landesrecht. [...] Stellenzulagen [...] sollen bereichsspezifische Besonderheiten [...] und das sich daraus ergebende besondere Gepräge von Funktionen honorieren“ (Begründung zu § 40 ThürBesG in der Drucksache 4/3829).

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Das Bundesverwaltungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung bekräftigt, dass das System des Besoldungsrechts die angemessene Besoldung grundsätzlich in der Form des dem verliehenen Amt entsprechenden Grundgehalts gewähre und nur ausnahmsweise eine weitere Differenzierung durch Zulagen vorsehe. Die Zulageberechtigung setze daher einen Dienstposten voraus, der generell durch die zulageberechtigende Funktion geprägt ist (s. BVerwG, Urteil vom 5. Mai 1995 – 2 C 13/94 –, BVerwGE 98, 192-195 Rdnr. 11 f.) Die Zahlung einer Zulage für unterhältige Tätigkeiten ist damit nach Auffassung des Gerichts mit dem Verhältnis von Grundgehalt und Zulagen nicht vereinbar (s. BVerwG aaO).

Hält der Gesetzgeber für Lehrer (z. B. Fachleiter) oder andere Beamtengruppen andere Maßstäbe für erforderlich, bedarf dies einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung. Allein die Einführung einer Zulage reicht im Lichte des geltenden § 40 ThürBesG nicht aus. Im Wortlaut der Norm müsste dargestellt werden, ab welchem Anteil der Fachleitertätigkeit die Zulage zu zahlen ist.

Der Rechnungshof weist nur ergänzend darauf hin, dass ein Fehlen der Zulage jedenfalls keine unzureichende oder fehlende Lehrerausbildung rechtfertigen kann. Der Dienstherr hat durch sein Organisationsrecht die notwendige Fachleitertätigkeit sicherzustellen und kann dies von beamteten Lehrern unter Berücksichtigung ihrer Dienstpflichten auch erwarten. Unabhängig davon ist zu berücksichtigen, dass für die Tätigkeit als Fachleiter die Unterrichtsverpflichtung vermindert ist. Sofern in früheren Jahren rechtswidrig Zulagen gezahlt worden sein sollten – der Rechnungshof hat dies bisher nicht geprüft – rechtfertigt dies keinesfalls eine rechtswidrige Fortführung.

II Zu den Fragen des Haushalts- und Finanzausschusses

Zu den Fragen des Haushalts- und Finanzausschusses nimmt der Rechnungshof ergänzend wie folgt Stellung:

1. Wie beurteilen Sie die Bedarfe an Lehrkräften in den nächsten 5 und den nächsten 10 Jahren nach Schularten und Fächern?

Dem Rechnungshof liegen über die von der Kultusministerkonferenz veröffentlichten Daten (Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2020 bis 2030 – Zusammengefasste Modellrechnungen der Länder –) hinausgehend keine weiteren Erkenntnisse und Informationen vor.

2. Wie beurteilen Sie die Abschaffung des Amtes des Fachleiters/der Fachleiterin an einem Studienseminar im Jahr 2011 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?
3. Wie beurteilen Sie die Abschaffung der Zulage des Fachleiters/der Fachleiterin an einem Studienseminar im Jahr 2020 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

4. Nehmen Fachleiter*innen an den Studienseminaren Ihrer Kenntnis nach die Aufgaben dauerhaft oder nur zeitweise wahr?

Zu 2. bis 4.: Hierzu liegen keine Prüfungserkenntnisse vor.

5. Wie können und sollten aus Ihrer Sicht Zulagen für Fachleiter*innen realisiert werden, gerade bei „kleinen“ Fächern?

Eine Stellenzulage setzt grundsätzlich voraus, dass eine Tätigkeit prägend ist. Der Rechnungshof bezweifelt die Erforderlichkeit, bei einer nur geringfügigen, höherwertigen Tätigkeit Stellenzulagen zu zahlen. Sofern die Bereitschaft zur freiwilligen Übernahme der Fachleitertätigkeit gefördert werden soll, kann eine Stellenzulage eingeführt werden, bei der im Gesetzestext ausdrücklich der Anteil an der Tätigkeit bestimmt werden muss, ab dem die Stellenzulage gezahlt werden soll.

6. Welche Anrechnungsmöglichkeiten und damit verbundene Möglichkeiten einer Zulage sollte es bereits ab der Betreuung des*der ersten Lehramtsanwärters*in geben?

Wie bereits ausgeführt, rechtfertigt eine nur geringfügige, höherwertige Tätigkeit – wie bei anderen Stellen auch – keine Stellenzulagen.

7. Sollte die Zulage ruhegehaltstauglich gestaltet sein?

Selbst wenn man eine Zulage einführen würde, sollte sie als Stellenzulage eingeführt werden, die nur für den Zeitraum der Tätigkeit gezahlt wird. Sie sollte nicht ruhegehaltstauglich sein.

8. Welche begleitenden Maßnahmen sollten zur Steigerung der Attraktivität der Fachleitertätigkeit untergesetzlich ergriffen werden?

Der Rechnungshof hat diesbezüglich keine Prüfungserkenntnisse. Aus Sicht des Rechnungshofs gehört die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten an Bewerber grundsätzlich zu den Aufgaben eines jeden Berufs. Eine finanzielle Honorierung ist nur dann geboten, wenn sie zu einer höherwertigen, prägenden Aufgabe wird.

9. Welcher realistische Arbeitsaufwand entsteht durch die Betreuung eines*iner ersten, zweiten, dritten und weiteren Lehramtsanwärters*in. Sollte hier bei der Anrechnung von Stunden und Gewährung von Zulagen differenziert werden?

Die Verwaltungsvorschriften des TMBJS zur Organisation der jeweiligen Schuljahre berücksichtigen im Abschnitt 3.6.3.2 (ab Schul-

jahr 2021/22 im Abschnitt 3.7.3.2) den sich aus der Zahl der Lehramtsanwärter ergebenden Bedarf an Lehrerwochenstunden. Prüfungserkenntnisse zum tatsächlichen Arbeitsaufwand liegen nicht vor.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">Zentrum f. Lehrerbildung und Bildungsforschung, Uni Jena</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Sennelagerstr. 12 07743 Jena</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Zentrum f. Lehrerbildung und Bildungsforschung, Uni Jena	Geschäfts- oder Dienstadresse	Sennelagerstr. 12 07743 Jena	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	07743 Jena
	Name	Organisationsform									
		Zentrum f. Lehrerbildung und Bildungsforschung, Uni Jena									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Sennelagerstr. 12 07743 Jena									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	wissenschaftliche Geschäftsführerin	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Nicht Zuständigkeit	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena 28.06.2021	



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

Zentrum für Lehrerbildung und
Bildungsforschung

Universität Jena · ZLB · 07737 Jena

Thüringer Landtag
-Haushalts und Finanzausschuss-
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Semmelweisstr. 12
07743 Jena

Sekretariat: 0 36 41 9-401700
Telefax: 0 36 41 9-401702

THUR. LANDTAG POST
01.07.2021 07:45

16628/2021

Jena, 28. Juni 2021

Stellungnahme zum Anhörungsverfahren
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
-Drucksache 7/3386-

Sehr geehrte Damen und Herren,

wegen Nicht-Zuständigkeit kann das Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung an der Friedrich-Schiller-Universität-Jena weder die Tragweite noch die Folgen einer Änderung des Besoldungsgesetzes für Fachleiterinnen und Fachleiter in der zweiten Phase der Lehrerbildung einschätzen.

Zur gestellten Frage nach den Bedarfen an Lehrkräften in den nächsten 5 und in den nächsten 10 Jahren nach **Schularten** gibt die KMK für Deutschland (und für die Bundesländer) im Dez. 2020 Aufschluss:

https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_226_Bericht_LEB_LEA_2020.pdf

„Auf Basis der Modellrechnungen aller Länder lassen sich die Ergebnisse für Deutschland im Zeitraum 2020 bis 2030 folgendermaßen zusammenfassen: 1. Zwischen den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland gibt es Unterschiede im Verhältnis zwischen Lehrereinstellungsbedarf und -angebot. Für den „Sekundarbereich II (allgemeinbildende Fächer) oder für das Gymnasium“ besteht deutschlandweit in den nächsten Jahren nahezu durchgängig ein Überangebot. In allen anderen Lehrämtern lassen die Zahlen einen zum Teil erheblichen Bedarf erwarten. Die Differenzierung nach Lehramtstypen und der fachspezifische Bedarf zeigen, dass das Problem nicht besetzbarer Stellen in allen Ländern zum Teil weiterhin bestehen bleiben wird. Unverändert angespannt bleibt die Situation für den Lehramtstyp „Sekundarbereich II (berufliche Fächer) oder für die beruflichen Schulen“ – hier insbesondere in den ostdeutschen Ländern – sowie für die sonderpädagogischen Lehrämter, bei denen der Bedarf über dem Angebot liegt. Aber



auch bei den „Lehrämtern für alle oder einzelne Schularten des Sekundarbereichs I“ zeigen sich zum Teil große Engpässe.“ (S.8)

Zur Frage nach dem Fächerbedarf zitiere ich aus demselben Schriftstück:

„Hinweise zu einzelnen Fächern können angesichts der vielfältigen Unsicherheiten nur in Form von nichtquantifizierbaren Trendaussagen erfolgen. Sie basieren auf den Einschätzungen der Länder und werden durch die Erfahrungen aus den zurückliegenden Einstellungsverfahren gestützt. Es ist zu beachten, dass es sich bei den fachrichtungs- ~~13~~ spezifischen Aussagen lediglich um Annahmen für künftige Entwicklungen aus heutiger Sicht handelt. Durch entsprechende Reaktionen der Studienberechtigten und Studierenden beispielsweise könnten für ein Fach, für das sich heute ein Lehrkräftemangel abzeichnet, künftig durchaus ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen und umgekehrt.“ S. 12/13.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Genossenschaft Ernährung und Wohnbedarf, Landesverband Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heinrich-Mann-Platz 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Genossenschaft Ernährung und Wohnbedarf, Landesverband Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Platz 22	Postleitzahl, Ort	99096 Gera
Name	Organisationsform										
	Genossenschaft Ernährung und Wohnbedarf, Landesverband Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Platz 22										
Postleitzahl, Ort	99096 Gera										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interkulturelle Arbeit der Bundesländer im Bildungsbereich	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Schaffung eines Funktionsverlustes an Anwaltskanzleien - Abgang einer Klagezahl, Klagenlage nach Klage P - Abschaffung des mind. hälftigen Vorwands als Voraussetzung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Erfurt, 01.07.2021

THUR. LANDTAG POST
02.07.2021 09:10

16829/2021

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Thüringen



GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
- Haushalts- und Finanzausschuss -
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, 1. Juli 2021

Anhörung nach § 79 zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Änderung Thüringer Besoldungsgesetz DS 7/3386

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zu og. Gesetzentwurf.

Mit der Wiedereinführung des Beförderungsamtes für Fachleiter:innen am Studienseminar im Zuge der Besoldungsgesetzänderung im vergangenen Jahr ist eine jahrelange Forderung der GEW Thüringen umgesetzt worden. Leider müssen wir feststellen, dass unsere Hinweise und Bedenken hinsichtlich der Umsetzung kein Gehör fanden. Insofern begrüßen wir den Willen der CDU-Fraktion, die mit der Gesetzesänderung entstandenen Friktionen zu beseitigen.

Jedoch kommen wir zu dem Schluss, dass der Gesetzentwurf nicht geeignet ist, das Problem adäquat zu lösen. Die Funktion Fachleiter:in am Studienseminar ist für die Qualität der Thüringer Lehramtsbildung von herausragender Bedeutung. Dem wird auch dieser Gesetzesentwurf nicht gerecht, wenn er ausschließlich darauf abstellt, Fachleiter:innen, die die hälftige Verwendung nicht erreichen, mit einer Zulage von 200,00 Euro zu bedienen. Das Problem der hälftigen Verwendung wird damit nicht abgeschafft, sondern dauerhaft festgeschrieben. Insbesondere Fachleiter:innen in Mangelfächern bzw. sog. Kleinen Fächern werden damit systematisch schlechter gestellt.

Grundlage der Tätigkeit von Fachleiter:innen ist die Lehrerdienstordnung. Daraus ist abzuleiten, dass die Tätigkeit grundsätzlich nicht von der Anzahl der zu betreuenden Lehramtsanwärter:innen abhängig ist und auch nicht abhängig sein darf.

Wir schlagen daher vor, eine Stellenzulage für Fachleiter:innen am Studienseminar einzuführen, die sich in ihrer Höhe nicht von anderen Zulagen für höherwertige Tätigkeiten im Bereich Schule unterscheidet.

Das ThürBesG regelt in den Allgemeinen Vorbemerkungen II Stellenzulagen. Unter 11. wurden Zulagen für die Übernahme besonderer Aufgaben an Schulen eingeführt. Für diese besonderen Aufgaben wird eine Zulage nach Anlage 8 in Höhe von 300,00 Euro gewährt.

Die Attraktivität der Fachleitertätigkeit leidet, wenn die beabsichtigte Würdigung mit einer Zulagenzahlung von 200,00 Euro hinter der an den Schulen für besondere Aufgaben zurück bleibt. Die Höhe der Zulage wurde an der Differenz A 13 zu A 14 Stufe 4 orientiert. Nun sind es gerade nicht die Einsteiger, die die Tätigkeit eines Fachleiters ausüben sondern erfahrene Lehrer:innen, die sich zu Fachleiter:innen qualifizieren. Diese Beamt:innen sind längst in Stufe 7 und höher. Die Differenz beträgt in diesen Stufen bereits gut 400 Euro. Insoweit kann die gegenwärtig gezahlte Zulage mit 353,31 Euro als angemessen betrachtet werden.

Diese Stellenzulage ist ab sofort und unabhängig von der Anzahl der betreuten Lehramtsanwärter:innen zu zahlen. Dazu muss eine Sonderregelung in der Verwaltungsvorschrift erlassen werden, die nicht auf die bislang geltende hälftige Verwendung, jedoch auch nicht auf den geringfügigen Umfang anderer Tätigkeiten abstellt.

Zur Steigerung der Attraktivität und zur Sicherstellung notwendigen Nachwuchses in der Fachleiter:innentätigkeit soll **perspektivisch ein Funktionsamt eingerichtet** werden. Der Zeitraum einer Evaluation des neuen Zulagensystems im Bereich Schule soll dazu genutzt werden, eine transparente gesetzliche Grundlage zu schaffen. Funktionsstellen sind insgesamt flexibler als Beförderungsämtler, die erwartungsgemäß nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen würden. Ohne das Recht auf Beförderung läuft ein Beförderungsamtsamt für Fachleiter:innen am Studienseminar somit ins Leere. Eines muss klar sein: Wer mehr Lehrer:innen für Thüringen will, der muss in ihre Ausbildung investieren.

Wir hoffen, mit unseren Anregungen bei der weiteren Bearbeitung des Problems geholfen zu haben und stehen selbstverständlich für Rückfragen zur Verfügung.

Anlage: Fragen zur DS 7/3386

Fragen zur DS 7/3386

1. Wie beurteilen Sie die Bedarfe an Lehrkräften in den nächsten 5 und den nächsten 10 Jahren nach Schularten und Fächern?

Nach unserer Kenntnis steigt der Bedarf an Lehrkräften im Verlauf der nächsten fünf Jahre, um dann erst gegen Ende des zehnten Jahres wieder auf das derzeitige Niveau zu sinken.

Grundschulen: etwa 200, ab 2020 steigend auf 260 VZB, ab etwa 2025 leicht sinkend

Sekundarstufe I: steigender Bedarf bis etwa 2023, von 120 VZB auf etwa 320 VZB, danach auf hohem Niveau bis 2028 weiter

Sekundarstufe II: deutliche Bedarfssteigerung ab 2026 auf 220 VZB, sonst durchschnittlich 150 VZB an allgemeinbildenden Schulen, an berufsbildenden Schulen durchschnittlich 120 VZB

Problematisch ist nicht allein der Bedarf, sondern die Diskrepanz zwischen Bedarf und Fachkräfteangebot. Der steigende Bedarf kann nur durch eine zügige Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und den Studienseminaren gelingen. Dies und die zunehmende Nachqualifizierung von Seiteneinsteiger:innen bindet dann nochmal mehr VZB in der Ausbildung und wirkt damit bedarfserhöhend.

2. Wie beurteilen Sie die Abschaffung des Amtes des Fachleiters/der Fachleiterin an einem Studienseminar 2011 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

Die GEW Thüringen hat die Abschaffung immer kritisiert. Eine besonders verantwortungsvolle Leistung, und das ist die Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte unbestritten, muss eine wertschätzende Form der Anerkennung finden. Wir brauchen mehr (grundständig) ausgebildete Lehrer:innen. Dafür ist es notwendige Bedingung, mehr Fachleiter:innen zu gewinnen. Auch hinsichtlich der Zusage einer Verdoppelung der Anzahl der Studienseminare - von zwei auf vier - wird sich der Bedarf geplanterweise eklatant erhöhen, wenngleich Personal aus Seminarschulverbünden vermutlich zur Verfügung stehen wird.

3. Wie beurteilen Sie die Abschaffung der Zulage des Fachleiters/der Fachleiterin an einem Studienseminar 2020 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten?

Die Abschaffung der Zulage im Zusammenhang mit der Wiedereinführung des Beförderungsamtes erscheint sachlogisch. Allerdings fehlen Übergangsfristen und eine Perspektive für das Beförderungsverfahren. Insofern ist die Abschaffung der Zulage eine mittlere Katastrophe.

Problematisch ist jedoch das Grundlegende: Die Bindung der Zulage bzw. des Beförderungsamtes an die hälftige Verwendung in der Lehramtsanwärter:innenausbildung widerspricht der Realität dieser Aufgabe. Eine Orientierung an der Lehrerdienstordnung ist zwingend notwendig. Wir empfehlen die Hürde der hälftigen Verwendung zu streichen.

Es ist erforderlich, im Gesetz konkrete Aussagen zum Umfang der Verwendung vorzunehmen. Die ThürBesGVwV verweist in Ziff. 40.3.3.- 40.3.4. auf den Umfang einer zulagenberechtigten Verwendung. Wenn ein Umfang ausgeschlossen werden soll, muss dies ausdrücklich im Gesetz geregelt werden.

Fachleiter:innen üben höherwertige Tätigkeiten aus. Eine Zulage für höherwertige Tätigkeit wäre ein geeigneter Anreiz und würde das nicht Vorhandensein ausreichender Beförderungsmöglichkeiten ggf. kompensieren. 2011 wurden nicht nur die Ämter für FL abgeschafft, sondern auch die entsprechende Zulage für höherwertige Tätigkeit im Freistaat. Es wird empfohlen eine Konkurrenz der Zulagen zu vermeiden: Die FL-Zulage darf nicht unterhalb der Zulage für sog. sonstige Aufgaben an Schule liegen.

Es ist unerträglich, dass neu gewonnene Fachleiter:innen vom motivierenden Ansatz einer Zulagenzahlung nach aktueller Rechtslage völlig ausgeschlossen sind.

4. Nehmen Fachleiter:innen an den Studienseminaren Ihrer Kenntnis nach die Aufgaben dauerhaft oder nur zeitweise wahr?

Die Tätigkeiten einer Fachleiterin sind stets dauerhaft. Die Aufgaben sind nicht für eine zeitweise Ausrichtung geeignet. Der Qualifizierungsaufwand einer Fachleiterin ist zu beachten. Die aktiven Fachleiter:innen haben überwiegend mehrjährige Erfahrungen. Viele sind seit Beginn des neuen Schulsystems dabei (auf Widerruf beauftragt). Es besteht aus Sicht aller ein Interesse an dieser Stetigkeit. Es gibt Planungssicherheit: Für Einsatzschulen der Fachleiter:innen, für die Studienseminare und die Fachleiter:innen selbst! Aber auch für die Lehramtsanwärter:innen ist diese dauerhafte Übernahme ein wichtiges Signal, denn teilweise bleiben Fachleiter:innen die Ansprechpartner:innen im Berufseinstieg.

5. Wie können und sollten aus Ihrer Sicht Zulagen für Fachleiter:innen realisiert werden, gerade bei „kleinen“ Fächern?

Es sollte eine grundlegende Zulagenzahlung für die Übernahme der Fachleitertätigkeit unabhängig von der Anzahl der LAA gewährt werden. Das würde die Attraktivität dieser besonderen Aufgabe steigern. Die Kompetenz der Fachleiter:innen wird vielfältig genutzt. Es darf sich nicht nur an der Zahl der Lehramtsanwärter:innen orientiert werden.

6. Welche Anrechnungsmöglichkeiten und damit verbundene Möglichkeiten einer Zulage sollte es bereits ab der Betreuung des:der ersten Lehramtsanwärter:in geben?

Der Einsatz in den drei Phasen der Lehrerbildung muss Anerkennung und Anrechnung erfahren, in denen die Fachleiter:innen bereits jetzt aktiv eingesetzt sind.

Für die umfassenden Aufgaben der Fachleiter:innen (nach Lehrerdienstordnung) sollten alle eine angemessene Anrechnung erfahren. Auch der zu haltende Unterricht muss eine angemessene Anrechnung erfahren. Unterricht einer Fachleiter:in dient allen Lehramtsanwärter:innen zur Hospitation und zur Vertiefung und Veranschaulichung der theoretischen Erkenntnisse.

7. Sollte die Zulage ruhegehaltsfähig gestaltet sein?

Ja. Stellenzulagen sind nur dann ruhegehaltsfähig, wenn dies gesetzlich bestimmt ist (§ 40 ThürBesG).

8. Welche begleitenden Maßnahmen sollten zur Steigerung der Attraktivität der Fachleitertätigkeit ergriffen werden?

Das ThürBesG regelt in den Allgemeinen Vorbemerkungen II Stellenzulagen. Unter 11. wurden Zulagen für die Übernahme besonderer Aufgaben an Schulen eingeführt. Für diese besonderen Aufgaben wird eine Zulage nach Anlage 8 in Höhe von 300,00 Euro gewährt.

Die Attraktivität der Fachleitertätigkeit leidet, wenn die beabsichtigte Würdigung mit einer Zulagenzahlung von 200,00 Euro hinter der Zulage für besondere Aufgaben zurück bleibt. Die Höhe der Zulage wurde an der Differenz A 13 zu A 14 Stufe 4 orientiert. Nun sind es gerade nicht die Einsteiger, die die Tätigkeit eines Fachleiters ausüben, sondern erfahrene Lehrer:innen, die sich zu Fachleiter:innen qualifizieren. Diese Beamt:innen sind längst in Stufe 7 und höher. Die Differenz beträgt in diesen Stufen bereits gut 400 Euro. Insoweit kann die gegenwärtig gezahlte Zulage, mit 353,31 Euro als angemessen betrachtet werden.

Hinzu kommt: Es muss ein Gleichbehandlungsgrundsatz gelten. Warum sollten Fachleiter:innen weniger gezahlt bekommen als Verantwortliche für Ausbildung (VfA)? Eine Konkurrenz der Zulagen untereinander ist dringend zu vermeiden.

9. Welcher realistische Arbeitsaufwand entsteht durch die Betreuung eines:einer ersten, zweiten, dritten und weiteren Lehramtsanwärter:in. Sollte hier bei der Anrechnung von Stunden und Gewährung von Zulagen differenziert werden?

Es darf nicht auf die Anzahl der Lehramtsanwärter:innen abgestellt werden. Es ist erforderlich, sich mit der Komplexität der Aufgabenbereiche der Fachleitertätigkeit zu befassen und diese der Zulagenberechtigung zugrunde zu legen.

Die Vorbereitung eines Seminar ist unabhängig von der Anzahl der Lehramtsanwärter:innen. Ein Unterschied ergibt sich aus der Zahl der Hospitationen und Unterrichtsbesuche. Diese werden jedoch bereits mit Anrechnungsstunden abgegolten.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drucksache 7/3386											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">Studienseminar für das Lehramt an berufsbildenden Schulen</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Arnstädter Str. 28</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Studienseminar für das Lehramt an berufsbildenden Schulen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 28	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		Studienseminar für das Lehramt an berufsbildenden Schulen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 28									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeitlG)	
	Seminarleiter für das Lehramt an berufsbildenden Schulen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeitlG)	
	Die Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes in der beabsichtigten Form wird grundsätzlich befürwortet. Die Wiedereinführung einer Fachleiterzulage ist die Grundvoraussetzung für die weitere kontinuierliche Ausbildung in den kleinen beruflichen Fachrichtungen und Zweifächern.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeitlG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeitlG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Erfurt, 08.07.2021	

THÜR. LANDTAG POST
08.07.2021 11:29

17488/2021



Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt
Arnstädter Straße 28 · 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Poststelle.bbs.erfurt@
studienseminar-thueringen.de

Ihr Zeichen

**Stellungnahme im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens zum
Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes,
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/3386 -**

Ihre Nachricht vom

Sehr geehrte Damen und Herren,

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

die Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes in der beabsichtigten Form durch die Wiedereinführung einer Fachleiterzulage wird von mir ausdrücklich befürwortet. Diese Änderung ist aus meiner Sicht unabdingbar, weil nur so die Ausbildung in vielen dringend benötigten Berufsfeldern und Zweifächern aufrechterhalten werden kann. Die Struktur im Bereich der berufsbildenden Schulen ist naturgemäß geprägt von vielen beruflichen Fachrichtungen. Dies hat einen hoch spezialisierten, zahlenmäßig aber pro Ausbildungsfach nicht so umfangreichen Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern zur Folge. Die Befriedigung dieses Bedarfes ist aber für unser Wirtschaftssystem von herausragender Bedeutung.

Erfurt,
08.07.2021

Die Forderung der hälftigen Verwendung als Voraussetzung für eine mögliche Beförderung versperrt den Fachleiter*innen in diesen kleinen beruflichen Fachrichtungen und Zweifächern die Möglichkeit, ein solches Beförderungsamts einzunehmen. Nach dem Wegfall der Zulage müssten Sie ohne zusätzliche finanzielle Honorierung diese anspruchsvolle Tätigkeit ausüben, was die meisten Fachleiter*innen sicher ablehnen werden. Ich hoffe daher, dass der Landtag dem vorliegenden Gesetzesentwurf zustimmt. Die Höhe der Zulage halte ich aber im Vergleich zur bisher gezahlten Zulage und im Vergleich zum Beförderungsamts für zu niedrig. Die weiteren Argumente entnehmen Sie bitte meinen Antworten zu Ihren Fragen.

Anmerkung:

Fachleiter bilden Lehramtsanwärter*innen (LAA), Kolleginnen und Kollegen in der Nachqualifizierung (NQ) und Fachhochschulabsolventen im Rahmen der Weiterbildung (FH-WB) aus. Zum leichteren Verständnis spreche ich im weiteren Verlauf von „Auszubildenden“.

Staatliches Studienseminar für
Lehrerbildung Erfurt
Arnstädter Straße 28
99096 Erfurt

Im Staatlichen Studienseminar gilt
gleitende Arbeitszeit. Bitte Termine
vereinbaren.

E-Mail-Adressen dienen nur dem
Empfang einfacher Mitteilungen ohne
Signatur und/oder Verschlüsselung.

zu 1)

Die Bedarfe an gut ausgebildeten Lehrer*innen an den berufsbildenden Schulen sind heute schon in einzelnen Berufsfeldern und Ausbildungsfächern sehr hoch und sie werden dramatisch steigen! Insbesondere in den gewerblich-technischen Ausbildungsrichtungen (Metalltechnik, Elektrotechnik, Fahrzeugtechnik, Informationstechnik usw.) ist der steigende Bedarf schon heute nicht mehr abzusichern. Bis zum Jahr 2028 Jahren werden etwa 46% der Lehrerinnen und Lehrer an den berufsbildenden Schulen in den Ruhestand gehen. Um diesen Verlust auch nur annähernd ausgleichen zu können, bedarf es größter Anstrengungen. Die Lücken werden nur durch die Ausbildung von Seiteneinsteiger*innen (NQ) zu schließen sein. Aber insbesondere dieser Personenkreis bedarf einer guten Ausbildung durch die Fachleiter*innen. Fachleiter*innen sind die Voraussetzung für ein leistungsfähiges berufliches Bildungssystem!

zu 2)

Die Abschaffung des Amtes des Fachleiters am Studienseminar wurde damals von allen Fachleiter*innen als ungerecht wahrgenommen und hat die Gewinnung neuer Fachleiter*innen sehr erschwert. Nach der Einführung der Zulage verbesserte sich die Situation. Die Ausbildungskapazität konnte immer dem Bedarf entsprechend angepasst werden. Der Unmut unter den Fachleiter*innen über die im Vergleich zu anderen, insbesondere westlichen Bundesländern geringe Wertschätzung der Tätigkeit (Eingangssamt plus Zulage) war trotzdem häufig zu spüren. Immerhin wird die Fachleitertätigkeit in vielen Bundesländern mit A15 bewertet.

zu 3)

Die Ausbildungskapazität ist zum jetzigen Zeitpunkt nur gering gesunken, weil sich eine große Anzahl der Fachleiter*innen der Verantwortung in der Professionalisierung der Auszubildenden bewusst ist. Durch die Abschaffung der Zulage für die Fachleiter*innen kam es allerdings in zwei zwar kleinen, aber wichtigen beruflichen Fachrichtungen zum Ausfall der Ausbildungskapazität. Dies betrifft die beruflichen Fachrichtungen Informationstechnik und Labor-/Prozesstechnik Biologie. Hier wurde die weitere Ausführung der Ausbildungstätigkeit durch die Fachleiter abgelehnt. Für die berufliche Fachrichtung Informationstechnik konnte der Fachleiter zur Übernahme der weiteren Ausbildungstätigkeit überzeugt werden, allerdings steht dies sicher auch im Zusammenhang mit der erhofften Wiedereinführung der Fachleiterzulage. Sollte diese Zulage nicht wieder eingeführt werden, befürchte ich einen Ausfall der Ausbildungskapazität in vielen der kleinen beruflichen Fachrichtungen und Zweifächern. In den folgenden beruflichen Fachrichtungen und Zweifächern könnte dies der Fall sein, da hier die hälftige Verwendung als Grundlage für die Erlangung des Beförderungsamtes nicht gegeben ist:

Agrarwirtschaft, Bautechnik, Druck- und Medientechnik, Fahrzeugtechnik, Elektrotechnik, Holztechnik, Labor-/Prozesstechnik Chemie, Labor-/Prozesstechnik Biologie, Chemie, Deutsch, Informatik, Physik, Sport, Problematisch ist sicher auch, dass in einigen beruflichen Fachrichtungen und Zweifächern die Anzahl der Auszubildenden zwar die Beförderung eines Fachleiters/ einer Fachleiterin erlauben würde, aber der/die dringend benötigte zweite Fachleiter*in nicht einmal eine Zulage, geschweige denn die Beförderungsmöglichkeit, erhalten würde. Beispiel: Im Berufsfeld Metalltechnik gibt es gegenwärtig 15 Auszubildende. Von den beiden Fachleitern könnte also ein Fachleiter befördert werden, der andere Fachleiter müsste bereit sein, die Tätigkeit ohne Zulage zu übernehmen. Hier sind sicher Probleme vorprogrammiert!

zu 4)

Die meisten Fachleiter*innen nehmen die Ausbildungstätigkeit schon seit vielen Jahren wahr. Dabei kommt es in einigen Berufsfeldern und Zweifächern immer wieder zu Unterbrechungen der Fachleitertätigkeit, weil vorübergehend keine Auszubildenden vorhanden sind. Hier sollte über ein Anreizsystem nachgedacht werden, wie diese Fachleiter*innen immer wieder für die Fachleitertätigkeit zu motivieren sind. Vor allem sollte es diesen Kolleginnen und Kollegen ermöglicht werden, während der vorübergehenden Zwangspause an den Beratungen und Fortbildungen des Studienseminars teilnehmen zu können, um immer auf einem aktuellen Ausbildungsstand zu sein.

zu 5) und 6)

Fachleiter*innen, die in „kleinen“ Fächern ausbilden, haben in dieser Tätigkeit oft viele Nachteile, so z.B.:

- schlechteres Verhältnis von Zeitaufwand für die Ausbildung im Verhältnis zu den Abminderungsstunden
- stark schwankender Einsatz an der eigenen Schule
- Fachleiter werden häufig an der eigenen Schule als „Störfaktoren“ wahrgenommen, schon weil sie nicht ständig der Schule zur Verfügung stehen
- in der Regel ist die Fachleitertätigkeit auch mit einem Verzicht auf eine Karriere an der Stammschule verbunden

Diese Nachteile, aber auch die Bedeutung der Ausbildung in den „kleinen“ Ausbildungsfächern sollte grundsätzlich durch eine Zulage, die für alle aktiven Fachleiter in gleicher Höhe gezahlt werden sollte ausgeglichen werden. Für Fachleiter, die vorübergehend keine Fachleitertätigkeit ausführen können, weil es keine Auszubildenden gibt, sollte eine reduzierte Zulage gezahlt werden.

Der Ausgleich des unterschiedlichen Zeitaufwandes für die Ausbildung in kleinen Fächern sollte über ein gestaffeltes System der Abminderungsstunden erfolgen. (Vergl. Antwort zu Punkt 9.)

zu 7)

Die Zulage sollte unbedingt ruhegehaltstfähig sein, denn es ist nicht nachvollziehbar, warum eine höherwertige Tätigkeit, die über viele Jahre ausgeführt wird, sich im Ruhestand nicht darstellt.

zu 8)

Steigerung der Attraktivität der Fachleitertätigkeit:

- Anerkennung der hochwertigen professionellen Tätigkeiten der Fachleiter*innen
- Schaffung eines externen Fortbildungsangebotes für Fachleiter*innen auch über Ländergrenzen hinaus
- Aufhebung der Teilung von Dienst- und Fachaufsicht

zu 9)

Fachleiter*innen bilden aus, der Begriff Betreuung ist hier nicht korrekt. Der Arbeitsaufwand für die Ausbildung setzt sich wie folgt zusammen:

- Gestaltung und Durchführung der Ausbildungsveranstaltungen (Fachseminare),
- Hospitationen und Beratungstätigkeiten
- Abnahme von Lehrproben und Prüfungen
- Organisation- und Verwaltungstätigkeiten

Der Aufwand für die Gestaltung und Durchführung der Ausbildungsveranstaltungen ist dabei nahezu unabhängig von der Anzahl der Auszubildenden in einem Fachseminar. Die Anzahl der Fachseminare und deren zeitliche Dauer ist im Ausbildungsplan festgelegt.

Besonders schwierig wird es, wenn Fachleiter Auszubildende in mehreren kleinen Gruppen ausbilden müssen. Diese Gruppen können organisatorisch, z.B. wegen unterschiedlicher Ausbildungstage und der unterschiedlichen Einstellungsjahrgänge, nicht zusammen ausgebildet werden.

Hier sollte ein zusätzliches System für die Gewährung weiterer Abminderungsstunden eingeführt werden. Entsprechende Vorschläge kann ich bei Bedarf gern unterbreiten.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/3386		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	

	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Das aufgegriffene Thema, eine Zulage für weniger als hälftig verwendete Fachleiter*innen einzuführen, ist wichtig und muss einer Lösung zugeführt werden. Der Gesetzentwurf reicht hierfür jedoch nicht. Wir schließen uns der Stellungnahme der GEW vollumfänglich an. Richtig wäre, kurzfristig eine Stellenzulage unabhängig von der hälftigen Verwendung deutlich über 200 € einzuführen und längerfristig ein Funktionsamt – unabhängig von der aufgewendeten Arbeitszeit – einzuführen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 07.07.2021	

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss

THUR. LANDTAG POST
07.07.2021 13:41

17351/2021

**Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen: Zweites Gesetz zur Änderung
des Thüringer Besoldungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der
CDU, Drs. 7/3386**

7. Juli 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bedanke mich namens des DGB Hessen-Thüringen für die Gelegenheit zur Stellungnahme
zu o.g. Gesetzentwurf.

Der Sachverhalt betrifft ausschließlich die Kolleg*innen unserer Mitgliedsgewerkschaft GEW.

**Der Stellungnahme der GEW vom 01. Juli 2021 schließen wir uns vollumfänglich
an.** Besonders wichtig ist aus unserer Sicht die Forderung der GEW, kurzfristig eine Stellen-
zulage unabhängig von der hälftigen Verwendung deutlich über 200 € einzuführen, um die
für die gesellschaftliche Entwicklung hoch relevante Lehrer*innenbildung gut zu gewährlei-
ten. Auch die Forderung, längerfristig ein Funktionsamt – unabhängig von der aufgewende-
ten Arbeitszeit – in der Blick zu nehmen, ist zu unterstreichen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

la

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

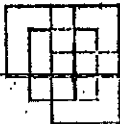
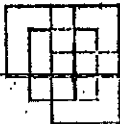
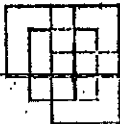
hessen-thueringen.dgb.de

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

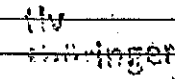
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">  <div style="display: inline-block; vertical-align: middle;"> tlv thüringer lehrerverband </div> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Landesgeschäftsstelle</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Tschaikowskistraße 22 99096 ERFURT</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Telefon Telefax</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		 <div style="display: inline-block; vertical-align: middle;"> tlv thüringer lehrerverband </div>	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landesgeschäftsstelle	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Tschaikowskistraße 22 99096 ERFURT	Postleitzahl, Ort	Telefon Telefax
Name	Organisationsform										
	 <div style="display: inline-block; vertical-align: middle;"> tlv thüringer lehrerverband </div>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Landesgeschäftsstelle										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Tschaikowskistraße 22 99096 ERFURT										
Postleitzahl, Ort	Telefon Telefax										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gewerkschaftsarbeit / Interessenvertretung Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.06.2021	 H. Müller erverband

Landesgeschäftsstelle
 Tschaikowskistraße 22
 99096 ERFURT



tlv
thüringer
lehrerverband

tlv thüringer lehrerverband Tschaikowskistr. 22, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/1349

zu Drs. 7/3386

Landesgeschäftsstelle

Tschaikowskistraße 22
99096 Erfurt

www.tlv.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

17.06.2021

Mein Zeichen/
meine Nachricht vom

Datum

06.07.2021

Stellungnahme des tlv zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes (Gesetzentwurf der Fraktion der CDU) – Drs 7/3386 –

Sehr geehrte Damen und Herren,

der tlv thüringer lehrerverband bedankt sich für die Möglichkeit, in die Erarbeitung des Gesetzes einbezogen zu werden und eine Stellungnahme abzugeben.

Wir möchten Ihre Fragen wie folgt beantworten:

1. Wie beurteilen Sie die Bedarfe an Lehrkräften in den nächsten 5 und den nächsten 10 Jahren nach Schularten und Fächern?

Laut Statistikportal des TMBJS welches bei Prognosen auf die KMK verweist, stellt sich für Thüringen bei dem Vergleich der Einstellungskapazitäten zu den Bedarfen folgendes Szenario dar (siehe Anlage: Ausbildung-Bedarfe_Übersicht)

Daraus ergibt sich, dass in den meisten Schularten zumindest bis 2025 die Ausbildungskapazitäten nicht den tatsächlichen Bedarfen entsprechen. Besonders auffällig sind hier die Diskrepanzen bei den Berufsschulen und den Sonderpädagogen/Innen.

Unabhängig davon ist bei den Bedarfen nicht bedacht, dass immer mehr Kollegen*innen von den Möglichkeiten des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Dienst Gebrauch machen.

Gleiches gilt auch für Fachleiter*Innen, so ist in Frage zu stellen, ob die anvisierten Ausbildungskapazitäten überhaupt gehalten werden können.

Der tlv thüringer lehrerverband ist eine Interessenvertretung aller Beschäftigten im Thüringer Bildungswesen und größte Fachgewerkschaft im tbb beamtenbund und tarifunion.

Als Thüringer Landesverband im VBE Verband Bildung und Erziehung - der mit bundesweit 165.000 Mitgliedern eine der beiden großen Bildungsinteressenvertretungen und zugleich die größte Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion - ist der tlv bestens vernetzt.

Genauere Zahlen kann hier nur das TMBJS liefern, da zumindest im Zusammenhang mit dem Personalentwicklungskonzept 2019 genaue Zahlen zu Bedarfen nach Schularten und Fächerkombinationen erfasst wurden.

2. Wie beurteilen Sie die Abschaffung des Amtes des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2011 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

In anderen Bundesländern werden Fachleiter*innen in die Besoldungsgruppe A14 eingestuft. In Thüringen trifft das nur auf wenige Fachleiter*innen zu.

Unserer Meinung nach ist durch das Abschaffen des Amtes auch die Bereitschaft gesunken die Aufgaben von Fachleitern*innen zu übernehmen. Die Ausbildungskapazitäten sind zeitweise gesunken.

3. Wie beurteilen Sie die Abschaffung der Zulage des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2020 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

Die Zulage in Höhe von 350 € (brutto, aber nicht pensionsrelevant) war für unsere Fachleiter*innen ein wichtiger Anreiz, diese verantwortungsvolle Tätigkeit zu übernehmen. Bedingt durch das Konzept des Seminarschulverbundes ist eine hälftige Ausbildung für keinen Fachleiter*innen möglich.

Mit der endgültigen Abschaffung der Zulage zum 01.05.2021 haben mehrere Fachleiter*innen um die Entbindung von dieser Aufgabe gebeten. Dadurch ergibt sich zwangsweise der Druck die Ausbildungskapazitäten, ab 08/2021 entsprechend zu reduzieren. Daraus ergeben sich mittelfristig Probleme für die Gewinnung des dringend benötigten Lehrernachwuchses, besonders im ländlichen Raum.

4. Nehmen die Fachleiter*innen an den Studienseminaren Ihrer Kenntnis nach die Aufgaben dauerhaft oder nur zeitweise wahr?

Momentan gibt es 2 Studienseminar Standorte mit folgenden Ausbildungen:

- Erfurt: GS, Gym, BBS, RS
- Gera: GS, RS und FÖS

Weiterhin gibt es mehrere Seminarschulverbünde mit Standorten z.B. in Worbis, Nordhausen, Erfurt und verteilt auf Südthüringen.

In der Regel nehmen Fachleiter*innen die Aufgaben dauerhaft wahr. Was sich ändert ist die Anzahl der zu betreuenden LAA. Es gibt auch hier Unterschiede zwischen den zu betreuenden LLA an den festen Seminarstandorten und den Seminarschulverbünden.

5. Wie können und sollten aus Ihrer Sicht Zulagen für Fachleiter*innen realisiert werden, gerade bei „kleinen“ Fächern?

*Der tlvt thüringer
lehrerverband ist eine
Interessenvertretung
aller Beschäftigten im
Thüringer Bildungswesen
und größte Fachgewerk-
schaft im tlvt
beamtenbund und tarif-
union.*

*Als Thüringer Landesver-
band im VBE Verband
Bildung und Erziehung
- der mit bundesweit
165.000 Mitgliedern
eine der beiden großen
BildungsInteressenver-
tretungen und zugleich
die größte Fachgewerk-
schaft im dbb beamten-
bund und tarifunion - ist
der tlvt bestens vernetzt.*

Aus unserer Sicht sollten die kleinen Fächer gleichberechtigt mit allen anderen betrachtet werden. Da sich auch der Verwaltungsaufwand durch die 4 Einstellungstermine erheblich erhöht hat. Dieses Problem haben jetzt schon die Staatlichen Schulämter und die Schulleiter*innen bei der Erfassung der Anzahl der Lehrerwochenstunden für die einzelnen Fachleiter.

6. Welche Anrechnungsmöglichkeiten und damit verbundene Möglichkeiten einer Zulage sollte es bereits ab der Betreuung des*der ersten Lehramtsanwärters*in geben?

Wie in Punkt 5 beschrieben wäre eine Beförderung nach A14 hilfreich beziehungsweise eine entsprechende Zuteilung von Anrechnungsstunden pro LAA. Es ist für die Vorbereitung von Fachseminaren egal ob der Fachleiter einen oder mehrere LAA betreut. Der Aufwand pro LAA wächst aber mit den Unterrichtsbesuchen und entsprechenden Auswertungen.

7. Sollte die Zulage ruhegehaltstfähig gestaltet sein?

Wenn die Aufgabe eines Fachleiters*innen über einen längeren Zeitraum getätigt wird, ja.

8. Welche begleitenden Maßnahmen sollten zur Steigerung der Attraktivität der Fachleitertätigkeit untergesetzlich ergriffen werden?

Für die Fachleiter*innen wäre ein Mitspracherecht bei Anpassung von Ausbildungsinhalten in geeigneten Gremien (z.B. Aktualisierung der Ausbildungscurricula), Fortbildungen und weitere Qualifizierungen oder auch der Einsatz als Fortbildner*innen (Schulung von fachbegleitenden Lehrern, Verantwortliche für Ausbildung, Schulleiter, ...) mögliche weitere Aufgabenfelder.

9. Welcher realistische Arbeitsaufwand entsteht durch die Betreuung eines*einer ersten, zweiten, dritten und weiteren Lehramtsanwärters*in. Sollte hier bei der Anrechnung von Stunden und Gewährung von Zulagen differenziert werden?

Bei der Betreuung eines einzelnen LAA ist der Aufwand für die Vorbereitung und Durchführung der Fachseminare (FS) am größten. Die Anzahl der Unterrichtsbesuche (UB) hält sich dann im Rahmen. Für die UB wird jedoch der Aufwand mit steigender Anwärterzahl größer, während die (vorbereiteten) FS dann ja (bei gleichem oder zumindest ähnlichem Einstellungstermin) gemeinsam besucht werden können. Momentan besteht durch die 4 Einstellungstermine jedoch verstärkt das Problem, dass LAA unterschiedlich weit in der Ausbildung sind und die FS nicht gemeinsam abgehalten werden können, sondern in verschiedenen Kleingruppen ausgebildet werden muss, was einen enormen zusätzlichen Aufwand bedeutet.

Grundsätzlich ist zu überlegen, wie viel Verwaltungsaufwand für eine gestaffelte Zahlung einer Zulage oder bei nur Zahlung einer Zulage bei zeitweiliger Betreuung von LAA anfällt.

*Der tlv thüringer
lehreverband ist eine
Interessenvertretung
aller Beschäftigten im
Thüringer Bildungswesen
und größte Fachgewerk-
schaft im tbb
beamtenbund und tarif-
union.*

*Als Thüringer Landesver-
band im VBE Verband
Bildung und Erziehung
- der mit bundesweit
165.000 Mitgliedern
eine der beiden großen
Bildungsinteressenver-
tretungen und zugleich
die größte Fachgewerk-
schaft im dbb beamten-
bund und tarifunion - ist
der tlv bestens vernetzt.*

Kontinuität und eine qualitativ hochwertige Ausbildung unserer zukünftigen jungen Lehrer*innen erfordern motivierte Fachleiter*innen mit einer gesicherten beruflichen Perspektive. Die ständige Überprüfung, ob ein Fachleiter*innen Anspruch auf eine Zulage hat, kostet Zeit und Motivation.

Die Seminarschulverbünde Thüringens brauchen dringend eine Perspektive für die Weiterentwicklung der regionalen Lehrerbildung, da diese durch ihre Struktur nicht die volle Breite der Ausbildung wie ein Studienseminar absichern können. Allerdings spielen gerade die Seminarschulverbünde eine große Rolle für die Nachwuchsgewinnung in den Regionen. Denn wer einmal hier seine Ausbildung getätigt hat, bleibt auch meistens in der Nähe. Deshalb dürfen Fachleiter*innen in Seminarschulverbünden nicht gegenüber den Fachleitern*innen an den Seminarstandorten benachteiligt werden, nur weil sie nicht die Forderung nach hälftiger Ausbildung standortbedingt erfüllen können.

Mit freundlichen Grüßen

Stellvertretende
Landesvorsitzende

Stellvertretender
Landesvorsitzender

Anlage

Ausbildung-Bedarfe_Übersicht (Quelle: Statistikportal des TMBJS/ KMK)

*Der tlvt Thüringer
Lehrerverband ist eine
Interessenvertretung
aller Beschäftigten im
Thüringer Bildungswesen
und größte Fachgewerk-
schaft im tbb
Beamtenbund und tarif-
union.*

*Als Thüringer Landesver-
band im VBE Verband
Bildung und Erziehung
- der mit bundesweit
165.000 Mitgliedern
eine der beiden großen
Bildungsinteressenver-
tretungen und zugleich
die größte Fachgewerk-
schaft im dbb beamten-
bund und tarifunion - ist
der tlvt bestens vernetzt.*

Jahre	GS		Sek1		Sek2		BS/Fachpraxis			Sonderpädagogik		
	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe
2020	150	140	300	320	225	270	37	80	0	10	38	70
2021	150	250	300	310	225	150	37	80	0	10	38	100
2022	150	230	300	310	225	300	37	80	0	10	38	100
2023	150	210	300	300	225	270	37	110	0	10	38	90
2024	150	180	300	280	225	250	37	110	0	10	38	80
2025	150	150	300	260	225	220	37	110	0	10	38	80
2026	150	130	300	240	225	190	37	100	0	10	38	70
2027	150	110	300	220	225	180	37	90	0	10	38	60
2028	150	110	300	200	225	160	37	90	0	10	38	60
2029	150	110	300	160	225	130	37	90	0	10	38	60
2030	150	120	300	130	225	120	37	90	0	10	38	50

(Quelle: Statistikportal des TMBJS/ KMK)

Quelle: Statistikportal TMBJS/ KMK

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Fachleiterin im Lehramt Förderpädagogik	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Alle Fachleiter*innen in Thüringen müssen eine Zulage erhalten. Sie nehmen eine besondere Aufgabe in der zweiten Phase der Lehrerbildung wahr und verfügen über eine hohe fachliche Qualifikation.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gera, 02.07.2021	

THÜR. LANDTAG POST
07.07.2021 10:21

17304/2021



Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Gera
Puschkinplatz 7 · 07545 Gera

Thüringer Landtag
- Haushalts- und Finanzausschuss –
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

**Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtages**
Drs. 7/3386

Gera,
07.07.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug nehmend auf Ihre Bitte zur schriftlichen Stellungnahme darf ich Ihnen
im Auftrag der Fachleiter:innen des Studienseminars Gera, Lehramt
Förderpädagogik diese übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Anlagen:

- Schriftliche Stellungnahme
- Formblatt zur Datenerhebung

Staatliches Studienseminar
für Lehrerbildung Gera
Puschkinplatz 7
07545 Gera

Im Staatlichen Studienseminar gilt
gleitende Arbeitszeit. Bitte Termine
vereinbaren.

E-Mail-Adressen dienen nur dem
Empfang einfacher Mitteilungen ohne
Signatur und/oder Verschlüsselung.

1. Wie beurteilen Sie die Bedarfe an Lehrkräften in den nächsten 5 und den nächsten 10 Jahren nach Schularten und Fächern?

- Die Frage nach dem Lehrkräftebedarf kann von uns Fachleiter*innen nicht beantwortet werden.
- Es gibt in allen Schulamtsbereichen unbesetzte Stellen im Bereich Förderpädagogik.
- Aufgrund der demographischen Entwicklung gehen in den kommenden 10 Jahren ein Großteil der Lehrer/Fachleiter für Förderpädagogik in den Ruhestand.
- Höchst wahrscheinlich gibt es einen deutlichen Bedarf an neuen Fachleiter*innen im Lehramt für Förderpädagogik,
 - o da die Studierendenzahlen im Lehramt für Förderpädagogik an der Uni Erfurt vor einigen Jahren erhöht wurde.
 - o da etwa 50% der Fachleiter*innen Förderpädagogik in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand gehen

2. Wie beurteilen Sie die Abschaffung des Amtes des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2011 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

- Es gibt eine Ungleichbehandlung durch Fachleiter*innen mit Bestandsschutz in der Funktionsstelle.
- Durch die Abschaffung wurde eine geringere Wertschätzung der Tätigkeit einer*s Fachleiterin*s etabliert.

3. Wie beurteilen Sie die Abschaffung der Zulage des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2020 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren.

- Der Anreiz zum Bewerben für diese besondere Aufgabe geht verloren.
 - o finanzieller Mehraufwand (priv. KFZ für Dienstfahrten, digitale Endgeräte, Bürokosten – amtliche Formulare drucken) wird nicht ausgeglichen
- Die Abschaffung ist nachvollziehbar, wenn alle Fachleiter*innen in die Funktionsstelle der A14 ab August 2021 eingruppiert werden.

4. Nehmen die Fachleiter*innen an den Studienseminaren Ihrer Kenntnis nach die Aufgaben dauerhaft oder nur zeitweise wahr?

- Für den Bereich Förderpädagogik wird die Aufgabe der Fachleiter*innen mehrheitlich dauerhaft wahrgenommen.

5. Wie können und sollten aus Ihrer Sicht Zulagen für Fachleiter*innen realisiert werden, gerade bei „kleinen“ Fächern?

- So wie es die CDU-Fraktion vorgeschlagen hat, sprechen wir uns für eine gestaffelte Zulage ab der*m erste*n betreuten Lehramtsanwärter*in aus.

6. Welche Anrechnungsmöglichkeiten und damit verbundene Möglichkeiten einer Zulage sollte es bereits ab der Betreuung des*der ersten Lehramtsanwärter*in geben?

- Eine differenzierte, ruhegehaltsfähige Zulage bereits ab dem ersten LAA.
- Arbeitsaufwand steigt mit dem ersten LAA stark:
 - o Aufbereitung der Seminare (Fachseminare und Allgemeine Seminare)
 - o Unterrichtsbesuche
 - o Prüfungen
 - o Lehrproben
 - o Ausbildungsgespräche
 - o Beurteilungen
 - o Lernaufgaben
 - o Individuelle Kontakte und Gespräche
 - o Individuelle Fort- und Weiterbildung, um stets auf dem aktuellen Stand von Fachwissenschaft und -didaktik zu bleiben

7. Sollte die Zulage ruhegehaltsfähig gestaltet sein?

- Unbedingt!

8. Welche begleitenden Maßnahmen sollten zur Steigerung der Attraktivität der Fachleitertätigkeit untergesetzlich ergriffen werden?

- o Reduzierung der Aufgaben an der Stammschule (Klassenleitertätigkeiten, AGs, ...)
- o zügige Reisekostenerstattung mit eindeutiger Transparenz für Antragsteller*in der Abrechnung
- o Dienstvorgesetzte*r am Studienseminar für klare und kurze Kommunikationswege (Dienst- und Fachaufsicht am Studienseminar)
- o Höhergruppierung
- o ruhegehaltsfähige Zulage
- o Bereitstellung angemessener, Leistungsstarker digitaler Endgeräte
- o Übernahme der Bürokosten – amtliche Formulare drucken, bzw. Bereitstellen von Materialien und Geräten

9. Welcher realistische Arbeitsaufwand entsteht durch die Betreuung eines*einer ersten, zweiten, dritten und weiteren Lehramtsanwärter*in? Sollte hier bei der Anrechnung von Stunden und Gewährung von Zulagen differenziert werden?

- Zunahme des Arbeitsaufwandes mit jeder*m LAA:
 - o Anzahl Unterrichtsbesuche, Ausbildungsgespräche, Lehrproben und Prüfungen
 - o Bearbeitung von Seminaraufgaben
 - o Verfassen von Beurteilungen
 - o Austausch/Zusammenarbeit mit anderen Fachleiter*innen

- Individuelle Kontakte/Gespräche zu Lehramtsanwärter*innen
- Die ständige Weiterqualifizierung und Fortbildung ist für Fachleiter*innen im besonderen Maße wichtig und notwendig sowie Voraussetzung, um stets auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Forschung zu bleiben, was ebenfalls einen zeitlichen Aufwand bedeutet, der nicht nur in der Arbeitszeit abgeleistet werden kann.

06.07.2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

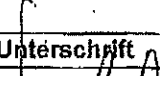
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <u>Ja</u></p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">Verein</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">BLV Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Linderbader Weg 30</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99099 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	BLV Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Linderbader Weg 30	Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	BLV Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Linderbader Weg 30									
Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vertretung des Interesses der Lehrer/innen an dem berufsbildenden Schulen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der Antrag der CDU-Fraktion ist im sich schlüssig kann aber keine dauerhafte Lösung für die Besoldung der Fachleiter/innen sein. Der BLV sieht durch die Schaffung des Amtes einer/s) Fachleiters/in für alle eine dauerhafte Lösung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 07.07.2021	

17512/2021

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss

Jürgen – Fuchs – Str.1

99096 Erfurt

21-07-08
21/251

Drucksache 7/3386 Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich, dass uns die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer Landtags die Möglichkeit geben, zum „Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes“ (Gesetzentwurf der Fraktion der CDU), Drucksache 7/3386 Stellung zu nehmen, welche wir gern wahrnehmen. Zu oben genannten Gesetzentwurf nimmt der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen in Thüringen – Berufsschullehrerverband (BLV) wie folgt Stellung:

Zum Antragstext

Der Vorschlag der CDU-Fraktion zur Änderung der Besoldung der Fachleiterinnen und Fachleiter ist in der Sache schlüssig. Durch die Zulage in Höhe von 200 € würden die Fachleiterinnen und Fachleiter mit den Fachberatern und Koordinatoren gleichgestellt. Die Orientierung an der Erfahrungsstufe 4, die ein Beamter bei Höhergruppierung von der Besoldungsgruppe A 13 zur Besoldungsgruppe A 14 erhält, ist nach Ansicht des BLV die unterste Grenze des finanziell möglichen. Es wäre in Anerkennung der verantwortungsvollen Tätigkeit der Fachleiterinnen und Fachleiter besser gewesen, sich an den Erfahrungsstufen 5 oder 6 zu orientieren, was aber das „Zulagengewirr“ weiter vergrößert hätte. Grundsätzlich bleibt der BLV aber an seiner Kritik, dass sich mit Zulagen allein, alle besten Lehrerinnen und Lehrer unseres Freistaates für die Tätigkeit einer Fachleiterin bzw. eines Fachleiters nicht gewinnen lassen.

Zum Fragenkatalog

Zu 1.:

Der BLV hat nur über die Schulart der berufsbildenden Schulen eine Übersicht. In dieser Schulart werden in den nächsten fünf Jahren 25% der beschäftigten Lehrkräfte (ca. 750 von 3.000) in den Ruhestand treten. Geht man davon aus, dass nicht jede Lehrkraft bis zum Erreichen der planmäßigen Altersgrenze im Schuldienst verbleibt, könnte in diesem Zeitraum jede dritte Lehrkraft aus dem aktiven Dienst ausscheiden (Erfahrungswerte anderer Bundesländer). In den nächsten 10 Jahren wird dann über die Hälfte der heute an den berufsbildenden Schulen tätigen Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand getreten sein.

Zu 2.:

Die Abschaffung des Amtes des Fachleiters/ der Fachleiterin an einem Studienseminar im Jahr 2011 hatte aus Sicht des BLV keinen wesentlichen Einfluss auf die Ausbildungskapazität am Studienseminar für das Lehramt an den berufsbildenden Schulen. Einziger Grund war aus Sicht des BLV, der

Berufsethos der Fachleiterinnen und Fachleiter, gepaart mit der Verantwortung, einen Beitrag zur Sicherstellung einer hinreichenden Anzahl gut ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer zu leisten. Es wäre fatal und ein schlechtes Zeichen der Politik, auch in Zukunft ausschließlich auf den diesbezüglich guten Willen der Fachleiterinnen und Fachleiter zu setzen!

Zu 3.:

Hier lässt sich zum heutigen Zeitpunkt keine konkrete Aussage treffen. Dem BLV ist bekannt, dass sich einige Fachleiterinnen und Fachleiter des Studienseminars für das Lehramt an den berufsbildenden Schulen, nachdem sie ihre Zulage zurückzahlen müssen, mit dem Gedanken tragen, diese Tätigkeit zum 31.07.2021 aufzugeben.

Zu 4.:

Die meisten Fachleiterinnen und Fachleiter am Studienseminar für das Lehramt an den berufsbildenden Schulen nehmen die Tätigkeit nur zeitweise wahr. D.h., wenn aktuell kein Lehramtsanwärter bzw. –wärtin zu betreuen ist, verbleibt der bzw. die Fachleiter/in in „Ruheposition“ und wird bei Bedarf dann wieder „reaktiviert“.

Zu 5. und 6.:

Bedingt durch die Vielzahl an Seiteneinsteigerinnen und –einsteigern an den berufsbildenden Schulen gibt es nicht wenige, welche auf Grund ihrer Abschlüsse, kein berufsbegleitendes Referendariat absolvieren können. Andererseits muss diese Gruppe von Seiteneinsteigerinnen und –einsteigern ebenfalls pädagogisch qualifiziert werden. Diese Aufgabe kann ebenfalls von den Fachleiterinnen und Fachleitern wahrgenommen werden, welche nur eine geringe Anzahl an Lehramtsanwärterinnen und –wärtern zu betreuen haben. Demzufolge gibt es aus Sicht des BLV, auch vor dem Hintergrund der in der Antwort zu Frage 1 geschilderten Personalsituation an den berufsbildenden Schulen, keinen Anlass über eine Differenzierung von Zulagen in Abhängigkeit von der Anzahl der zu betreuenden Lehramtsanwärterinnen und –wärtern nachzudenken. Für jede Fachleiterin und jeden Fachleiter am Studienseminar für die berufsbildenden Schulen gibt es, unter Berücksichtigung des Einsatzes in der pädagogischen Ausbildung von Seiteneinsteigerinnen und –einsteigern ohne berufsbegleitendes Referendariat, in den nächsten zehn Jahren so viel Arbeit, dass auf jeden Fall eine hälftige Verwendung erreicht wird!

Zu 7.:

Ja

Zu 8.:

Diese Frage erscheint dem BLV weltfremd. Anreize zur Übernahme von Verantwortung und Steigerung von Attraktivität schafft man meist nur finanziell und diese müssen sich halt in Gesetzen niederschlagen.

Zu 9.:

Der Arbeitsaufwand dürfte fast der gleiche sein. Ein Fachseminar vorzubereiten erfordert einen gewissen zeitlichen Aufwand, egal ob in diesem nur ein oder mehrere Anwärterinnen und Anwärter sitzen. Es ist immer Arbeit mit dem oder den Menschen. Ein leistungsschwacher Anwärter kann mehr Arbeitszeit erfordern als fünf leistungsstarke. Lehrerinnen und Lehrer werden nach ihrer geleisteten Arbeitszeit bezahlt und nicht danach welches Fach sie unterrichten bzw. wieviel Schüler in einer Klasse sind. Warum soll dieses Prinzip nicht bei den Fachleiterinnen und Fachleitern gelten?

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN</td> <td>Z.V. VERBAND</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>SCHMIDTSTEDTER STR. 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	Z.V. VERBAND	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 9	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
Name	Organisationsform										
TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	Z.V. VERBAND										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 9										
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Erfurt, 08.07.2021

THÜR. LANDTAG POST
08.07.2021 17:13

17556/2021

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

Landesvorsitzender

Per E-Mail

Thüringer Landtag
-Haushalts- und Finanzausschuss-
Ministerialrat Bieler
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften
und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521

Telefax: 0361.6547522

E-Mail: post@dbbth.de

www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datum

09. Juli 2021

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Schriftliches Anhörungsverfahren

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Bieler,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zum schriftlichen Anhörungsverfahren.

Grundsätzlich bleibt der tbb bei seiner Kritik, dass sich mit Zulagen allein, Fachkräfte generell, hier Lehrerinnen und Lehrer, für die Tätigkeit einer Fachleiterin bzw. eines Fachleiters nicht gewinnen lassen. Zulagen sind aus unserer Sicht wenig geeignet, die Motivation der Betroffenen dauerhaft zu steigern, sie sind nicht ruhegehaltstfähig, meist zeitlich befristet und jederzeit vom Dienstherrn entziehbar. Gegen eine Zuweisung einer Zulage an eine Beamtin oder einen Beamten können sich die benachteiligten Beamtinnen und Beamten nicht wehren. Zudem muss sich Dienstherr in seiner Entscheidung der Vergabe von Zulagen nicht an den Leistungsgrundsatz (wie bei einer Beförderung) halten. Er darf bei der Zuweisung von Zulagen nur nicht willkürlich vorgehen. Zudem wirken sich Personalgewinnungszulagen meist negativ auf das Betriebsklima aus.

Der Vorschlag der CDU-Fraktion zur Änderung der Besoldung der Fachleiter:innen ist in der Sache schlüssig. Durch die Zulage in Höhe von 200 € würden die Fachleiter:innen mit den Fachberatern und Koordinatoren gleichgestellt. Die Orientierung an der Erfahrungsstufe 4, die ein Beamter bei Höhergruppierung von der Besoldungsgruppe A 13 zur Besoldungsgruppe A 14 erhält, ist nach Ansicht des tbb die unterste Grenze des finanziell Möglichen. Es wäre in Anerkennung der verantwortungsvollen Tätigkeit der Fachleiter:innen besser gewesen, sich an den Erfahrungsstufen 5 oder 6 zu orientieren, was aber das „Zulagengewirr“ weiter vergrößert hätte.

Vorbemerkungen

Es besteht die dringende Notwendigkeit, das Besoldungsrecht in Thüringen leistungsfähiger und motivierender auszugestalten. Dafür ist es unabdingbar, zusätzliche Mittel bereitzustellen und einzusetzen. Der tbb begrüßt, dass diese Notwendigkeit zumindest mit Blick auf eine Personengruppe im öffentlichen Dienst erkannt und nun Schritte eingeleitet werden sollen, die den Dienst im Land Thüringen attraktiver ausgestalten, damit mit bestens ausgebildeten, hoch motivierten Beschäftigten die vielfältigen Aufgaben gut erledigt werden können.

Mit dem Gesetzentwurf wird auch deutlich, dass der tbb mit seinen wiederholten Warnungen vor einem Kaputtsparen des öffentlichen Dienstes Recht hatte und hat. Die Kürzungsmaßnahmen, Unterlassungen von gebotenen Anpassungen und Verweigerungen von Verbesserungen der letzten Jahre haben zu einer tiefgreifenden und deutlichen Attraktivitätsverschlechterung geführt. Faktisch steht der Freistaat Thüringen im personellen Bereich „mit dem Rücken zur Wand“, wenn er um bestens ausgebildeten Nachwuchs nicht nur im Bildungsbereich konkurriert.

Beim vorhandenen Personal besteht heute bei den sog. MINT-Berufen die Notwendigkeit, Personalbindungselemente zu schaffen, um eine Abwanderung zu verhindern. Dies ist auch vor dem Hintergrund, dass das Besoldungsniveau des Freistaates Thüringen im Vergleich der 17 Besoldungsrechtskreise in der Bundesrepublik Deutschland durchweg nur als „durchschnittlich“ bezeichnet werden kann. Dies kritisiert der tbb ausdrücklich und fordert hier schnelle Verbesserungen.

Die politisch Verantwortlichen reagieren spät auf die sich seit Jahrzehnten abzeichnenden Umstände und Veränderungen. Umso wichtiger ist es, dass Verbesserungen bewirkt und langjährige Anliegen des tbb aufgegriffen werden. Dies betrifft das Grundanliegen des Gesetzentwurfes, unnötigen administrativen Aufwand zu vermeiden und einfache, nachvollziehbare und praktikable Regelungen zu schaffen.

Auch weitere wichtige, vom tbb bereits benannte und attraktivitätssteigernde Elemente werden vermisst. Dies betrifft zentrale Fragen, wie die Ruhegehaltfähigkeit von berufsprägenden Zulagen nach einer gewissen Dauer der Wahrnehmung oder die Frage der Dynamisierung von Zulagen. Wenn als Ziel eine nachhaltige und dauerhafte Attraktivitätssteigerung erreicht werden soll, müssen zentrale Zulagen dynamisch ausgestaltet sein.

Zum Fragenkatalog

Zu 1.: Wie beurteilen Sie die Bedarfe an Lehrkräften in den nächsten 5 und den nächsten 10 Jahren nach Schularten und Fächern?

Der tbb hat über seine Fachverbände BLV, TPhV und tlV über die Schularten der allgemein- und berufsbildenden Schulen eine gute Übersicht. In diesen Schularten werden in den nächsten fünf Jahren 15% (2.500 von 17.000) in den berufsbildenden Schulen 25% der beschäftigten Lehrkräfte (ca. 750 von 3.000) in den Ruhestand treten.

Geht man davon aus, dass nicht jede Lehrkraft bis zum Erreichen der planmäßigen Altersgrenze im Schuldienst verbleibt, könnten in den nächsten 10 Jahren mindestens 35% bis zu 45% der heute an den allgemein- und berufsbildenden Schulen tätigen Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand getreten sein.

Jahre	GS		Sek1		Sek2		BS/Fachpraxis			Sonderpädagogik		
	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe	Ausbildungskapazität	Bedarfe
2020	150	140	300	320	225	270	37	80	0	10	38	70
2021	150	250	300	310	225	150	37	80	0	10	38	100
2022	150	230	300	310	225	300	37	80	0	10	38	100
2023	150	210	300	300	225	270	37	110	0	10	38	90
2024	150	180	300	280	225	250	37	110	0	10	38	80
2025	150	150	300	260	225	220	37	110	0	10	38	80
2026	150	130	300	240	225	190	37	100	0	10	38	70
2027	150	110	300	220	225	180	37	90	0	10	38	60
2028	150	110	300	200	225	160	37	90	0	10	38	60
2029	150	110	300	160	225	130	37	90	0	10	38	60
2030	150	120	300	130	225	120	37	90	0	10	38	50

(Quelle: Statistikportal des TMBIS/ KMK)

Der vorliegenden Tabelle (Quelle: www.schulportal-thueringen.de) können Sie entnehmen, dass in den Bereichen GS, Sek1 und 2 der Ausbildungsbedarf die Ausbildungskapazitäten in den nächsten 5 Jahren um 300 übersteigt, im Bereich der Berufsschulen und Fachpraxislehrer sogar die Ausbildungsbedarfe dauerhaft um mind. 53 Stellen die Kapazitäten übersteigen, ebenso im Bereich Sonderpädagogik.

Zu 2.: Wie beurteilen Sie die Abschaffung des Amtes des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2011 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

Die Abschaffung des Amtes des Fachleiters/ der Fachleiterin an einem Studienseminar im Jahr 2011 hatte aus Sicht des tbb objektiv wahrnehmbare Auswirkungen, da die Bereitschaft, diese Funktion zu übernehmen massiv sinkt.

Zu 3.: Wie beurteilen Sie die Abschaffung der Zulage des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2020 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

Die Zulage in Höhe von 350 € (brutto, aber nicht pensionsrelevant) war für unsere Fachleiter*innen ein wichtiger Anreiz, diese verantwortungsvolle Tätigkeit zu übernehmen. Bedingt durch das Konzept des Seminarschulverbundes ist eine hälftige Ausbildung für keinen Fachleiter*innen möglich.

Mit der endgültigen Abschaffung der Zulage zum 01.05.2021 haben mehrere Fachleiter*innen um die Entbindung von dieser Aufgabe gebeten. Dem tbb ist bekannt, dass sich einige Fachleiter:innen des Studienseminars für das Lehramt an den berufsbildenden Schulen, nachdem sie ihre Zulage zurückzahlen müssen, mit dem Gedanken tragen, diese Tätigkeit zum 31.07.2021 aufzugeben.

Dadurch ergibt sich zwangsweise der Druck die Ausbildungskapazitäten, ab 08/2021 entsprechend zu reduzieren. Daraus ergeben sich mittelfristig Probleme für die Gewinnung des dringend benötigten Lehrernachwuchses, besonders im ländlichen Raum.

Zu 4.: Nehmen die Fachleiter*innen an den Studienseminaren Ihrer Kenntnis nach die Aufgaben dauerhaft oder nur zeitweise wahr?

Momentan gibt es 2 Studienseminar Standorte mit folgenden Ausbildungen:

- Erfurt: GS, Gym, BBS, RS
- Gera: GS, RS und FÖS

Weiterhin gibt es mehrere Seminarschulverbünde mit Standorten z.B. in Worbis, Nordhausen, Erfurt und verteilt auf Südthüringen.

In der Regel nehmen Fachleiter:innen die Aufgaben dauerhaft wahr. Was sich ändert ist die Anzahl der zu betreuenden Lehramtsanwärter (LLA). Es gibt auch hier Unterschiede zwischen den zu betreuenden LLA an den festen Seminarstandorten und den Seminarschulverbünden.

Die meisten Fachleiter:innen am Studienseminar für das Lehramt an den berufsbildenden Schulen nehmen die Tätigkeit nur zeitweise wahr. D.h., wenn aktuell kein Lehramtsanwärter bzw. –wärterin zu betreuen ist, verbleibt der bzw. die Fachleiter:in in „Ruheposition“ und wird bei Bedarf dann wieder „reaktiviert“. Dies wird sich aber für die Zukunft mit dem dargestellten Ausbildungsbedarf langfristig anders darstellen.

Zu 5. und 6.: Wie können und sollten aus Ihrer Sicht Zulagen für Fachleiter*innen realisiert werden, gerade bei „kleinen“ Fächern?

Welche Anrechnungsmöglichkeiten und damit verbundene Möglichkeiten einer Zulage sollte es bereits ab der Betreuung des*der ersten Lehramtsanwärter*in geben?

Aus unserer Sicht sollten die kleinen Fächer gleichberechtigt mit allen anderen betrachtet werden. Zudem hat sich auch der Verwaltungsaufwand durch die 4 Einstellungstermine erheblich erhöht. Dieses Problem haben jetzt schon die Staatlichen Schulämter und die Schulleiter*innen bei der Erfassung der Anzahl der Lehrerwochenstunden für die einzelnen Fachleiter.

Bedingt durch die Vielzahl an Seiteneinsteigerinnen und –einsteigern an den berufsbildenden Schulen gibt es nicht wenige, welche auf Grund ihrer Abschlüsse, kein berufsbegleitendes Referendariat absolvieren können. Andererseits muss diese Gruppe von Seiteneinsteigerinnen und –einsteigern ebenfalls pädagogisch qualifiziert werden. Diese Aufgabe kann ebenfalls von den Fachleiterinnen und Fachleitern wahrgenommen werden, welche nur eine geringe Anzahl an Lehramtsanwärterinnen und –wärtern zu betreuen haben. Demzufolge gibt es aus Sicht des tbb, auch vor dem Hintergrund der in der Antwort zu Frage 1 geschilderten Personalsituation an den berufsbildenden Schulen, keinen Anlass über eine Differenzierung von Zulagen in Abhängigkeit von der Anzahl der zu betreuenden Lehramtsanwärterinnen und –wärtern nachzudenken.

Für jede Fachleiterin und jeden Fachleiter am Studienseminar für die berufsbildenden Schulen gibt es, unter Berücksichtigung des Einsatzes in der pädagogischen Ausbildung von Seiteneinsteigerinnen und –einsteigern ohne berufsbegleitendes Referendariat, in den nächsten zehn Jahren so viel Arbeit, dass auf jeden Fall eine mindestens hälftige Verwendung erreicht wird!

Zu 7.: Sollte die Zulage ruhegehaltsfähig gestaltet sein?

Ja, wenn hier eine Zulage eingeführt werden sollte, dann sollte sie zumindest ruhegehaltsfähig sein.

Zu 8.: Welche begleitenden Maßnahmen sollten zur Steigerung der Attraktivität der Fachleitertätigkeit untergesetzlich ergriffen werden?

Für die Fachleiter*innen wäre ein Mitspracherecht bei Anpassung von Ausbildungsinhalten in geeigneten Gremien (z.B. Aktualisierung der Ausbildungscurricula), Fortbildungen und weitere Qualifizierungen oder auch der Einsatz als Fortbildner*innen (Schulung von fachbegleitenden Lehrern, Verantwortliche für Ausbildung, Schulleiter, ...) mögliche weitere Aufgabenfelder.

Generell empfiehlt der tbb, dass anstelle von Zulagen, Beförderungssämter ausgebracht werden. Mehr Verantwortung sollte eingebunden in ein Gesamtkonzept mit einem höherwertigen Amt verbunden sein und könnte in diesem Fall auch Teil eines generellen Personalentwicklungskonzeptes im Bereich Schule sein. So können wir ambitionierten und motivierten Jungfachkräften eine Perspektive aufzeigen, die sie langfristig besser an den Freistaat bindet.

Zu 9.: Welcher realistische Arbeitsaufwand entsteht durch die Betreuung eines*einer ersten, zweiten, dritten und weiteren Lehramtsanwärter*in. Sollte hier bei der Anrechnung von Stunden und Gewährung von Zulagen differenziert werden?

Ein Fachseminar vorzubereiten erfordert einen gewissen zeitlichen Aufwand, egal ob in diesem nur ein oder mehrere Anwärterinnen und Anwärter sitzen. Es ist immer Arbeit mit dem oder den Menschen. Ein leistungsschwacher Anwärter kann mehr Arbeitszeit erfordern als fünf leistungsstarke. Lehrerinnen und Lehrer werden nach ihrer geleisteten Arbeitszeit bezahlt und nicht danach welches Fach sie unterrichten bzw. wieviel Schüler in einer Klasse sind. Warum soll dieses Prinzip nicht bei den Fachleiterinnen und Fachleitern gelten?

Wir würden uns freuen, wenn Sie unseren Hinweisen und Anregungen folgen würden. Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

18850/2021

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schutträger in Thüringen</td> <td>Dachverband</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Augustmauer 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schutträger in Thüringen	Dachverband	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustmauer 1	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schutträger in Thüringen	Dachverband										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustmauer 1										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>—</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>—</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>—</td> </tr> </table>	Name	Vorname	—	—	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	—	Postleitzahl, Ort	—
Name	Vorname										
—	—										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	—										
Postleitzahl, Ort	—										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung der freien Schulen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Siche Stellungnahme vom 08.07.2021 → Anliegen der Drucksache im Kern wichtig, jedoch könnte das Ziel deutlich besser erreicht werden, wenn die freien Schullehrer konsequent mit einbezogen werden würden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 20.07.2021	

THÜR. LANDTAG POST
08.07.2021 17:14

17557/2021

Freie Schulen
in Thüringen

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesarbeitsgemeinschaft der
freien Schulträger in Thüringen

per Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

**Stellungnahme der LAG der freien Schulträger Thüringen zur Drs. 7/3386,
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes**

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Emde, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Datum
08.07.2021

im Namen der LAG der freien Schulträger bedanken wir uns für die Möglichkeit der Stellungnahme zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes, zu welchem wir uns wie folgt äußern möchten:

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens geht es unter anderem auch um die Frage, wie die Attraktivität der Fachleitertätigkeit in Zukunft gesteigert werden kann. Einigkeit dürfte darüber bestehen, dass sich das Anforderungsprofil eines Fachleiters im relevanten Maße von dem einer Lehrkraft der entsprechenden Schulart unterscheidet. Neben einer besonderen Bereitschaft zu Flexibilität und Mobilität, einer erhöhten Belastbarkeit, einer ausgeprägten Organisationsfähigkeit, fundierten Kenntnissen in Pädagogik, Psychologie, Allgemeiner Didaktik und Fachdidaktik werden selbstverständlich auch besondere Beratungs- und Beurteilungskompetenzen erwartet.

Postanschrift
LAG Thüringen
c/o: Evangelische Schulstiftung
in Mitteldeutschland
Postfach 80 06 53
99032 Erfurt

Tel.: 0361 - 78 97 18 11
Fax: 0361 - 78 97 18 99

Jede Initiative, die herausgehobene Tätigkeit des Fachleiters zu honorieren, wird unsererseits im Grundsatz begrüßt. Das betrifft auch die gegenständliche Regelung der Zulage für verbeamtete Fachleiter, die nicht mindestens hälftig als solche tätig sind.

sprecher@freie-schulen-
thueringen.de
www.freie-schulen-thueringen.de

Das Ziel, die Tätigkeit des Fachleiters wertzuschätzen und auch dadurch zur vermehrten Übernahme dieser Funktion anzuregen, sollte aber **nicht allein durch eine Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes** angestrebt werden.

Vielmehr sollten auch die personellen Ressourcen der freien Schulträger berücksichtigt werden. Neben innovativen, reformpädagogischen Impulsen können auch die Lehrkräfte der freien Schulen die notwendige Fachkunde und Kompetenz vorweisen. **Die rechtliche Möglichkeit, Lehrkräfte staatlich anerkannter Ersatzschulen als Fachleiter zuzulassen, ergibt sich bereits aus dem Gesetz.**

Gemäß § 4 Absatz 1 Nr. 5 ThürLbG wird die Lehrerbildung in allen Phasen auch von den Schulen durchgeführt. Staatlich anerkannte Ersatzschulen können von dem für das Schulwesen zuständigen Ministerium als Ausbildungsschule oder

Praktikumsschule zugelassen werden (siehe auch § 8 Absätze 4 und 6 ThürAZStPLVO). Gemäß § 9 Absatz 6 ThürAZStPLVO können Lehrer an staatlich anerkannten Ersatzschulen in freier Trägerschaft, die als Ausbildungsschulen zugelassen sind, auf ihren Antrag mit Zustimmung des jeweiligen Schulträgers mit den Aufgaben eines Fachleiters durch das Ministerium beauftragt werden.

Ein entsprechender Anreiz besteht allerdings nur dann, wenn, ähnlich der Zulage, welche Gegenstand der Gesetzesänderung mit der Drucksache 7/3386 ist, eine angemessene finanzielle Honorierung auch der Tätigkeit dieser Fachleiter von staatlicher Seite erfolgt.

Die Fachleiter erteilen im Rahmen von Fachseminaren der Pflichtausbildung Unterricht am Studienseminar für Lehrerbildung. Insbesondere unter dem Aspekt, dass die Lehrkräfte der freien Schulen im Falle ihrer Tätigkeit als Fachleiter für eine staatliche Einrichtung tätig würden, wäre eine finanzielle Honorierung unerlässlich.

Letztlich kann es im Falle eines Mangels an Fachleitern nur darum gehen, die vorhandenen personellen Ressourcen bestmöglich auszuschöpfen. Aus unserer Sicht wäre es begrüßenswert, wenn dies unter Einbeziehung der freien Schulen gelingen würde.

Erlauben Sie uns darüber hinaus folgenden Hinweis:

Gemäß § 9 Absatz 7 ThürAZStPLVO können lediglich Lehrer an staatlichen Schulen als Fachleiter beauftragt werden, neben dem zuständigen Seminarleiter und dessen ständigem Vertreter ganz oder teilweise die Aufgaben eines Vertreters des Seminarleiters bei der pädagogisch-praktischen Ausbildung von Lehramtsanwärtern im Vorbereitungsdienst wahrzunehmen (Fachleiter für Pädagogik). Eine Differenzierung dieser Art ist durchaus zu hinterfragen. Pädagogisch-praktische Kompetenzen dürften mit entsprechender Qualifikation auch den Lehrkräften freier Schulen zuzusprechen sein.

Für Ihre Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Brinktrine</td> <td>Ralf, Prof. Dr.</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Deutsches und Europäisches Umweltrecht und Rechtsver- stärkung</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>Universität Würzburg Domerschulstraße 16 97070 Würzburg</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Brinktrine	Ralf, Prof. Dr.	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Deutsches und Europäisches Umweltrecht und Rechtsver- stärkung	Postleitzahl, Ort	Universität Würzburg Domerschulstraße 16 97070 Würzburg
Name	Vorname										
Brinktrine	Ralf, Prof. Dr.										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Deutsches und Europäisches Umweltrecht und Rechtsver- stärkung										
Postleitzahl, Ort	Universität Würzburg Domerschulstraße 16 97070 Würzburg										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Universitätsprofessor Rechtswissenschaftler	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <i>Die Regelung wurde aus rechtswissenschaftlicher</i> <input type="checkbox"/> abgelehnt, <i>Perspektive betrachtet und als rechtskonform</i> <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? <i>eingestuft. Punkt 1 ist</i> <i>weiter eine Refinanzierung</i>	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Die geplante Regelung ist nach meiner rechtswissenschaftlichen Auffassung rechtlich nicht zu beanstanden. Sie entspricht verfassungsrechtlichen und einfaches gesetzliche Vorgaben.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wiesbaden, 8.7.2021	

Domerschulstr. 16, D-97070 Würzburg

An den
Thüringer Landtag
- Haushalts- und Finanzausschuss -
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Universität Würzburg
Domerschulstraße 16
97070 Würzburg
Telefon +49
Telefax +49

Internet: www.jura.uni-wuerzburg.de/brinktrine/startseite

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1359

zu Drs. 7/3386

Würzburg, 08. Juli 2021

Schriftliche Anhörung zu dem

**Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
„Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes“
– Drucks. 7/3386 –**

*Ihr Schreiben vom 17. Juni 2021
Aktenzeichen Drs. 7/3386*

Sehr geehrte Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer Landtages hat mich als Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Deutsches und Europäisches Umweltrecht und Rechtsvergleichung an der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg gebeten, eine schriftliche Stellungnahme zu dem oben angeführten Gesetzentwurf zu verfassen. Dieser Bitte komme ich sehr gern nach.

Zu dem oben angeführten Gesetzentwurf nehme ich wie folgt schriftlich Stellung:

A. Gesetzesentwurf

Die beabsichtigte Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes durch eine neue Nr. 12 in Abschnitt II der Anlage 1 zum Thüringer Besoldungsgesetz lautet nach der Drs. 7/3386 wie folgt:

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Besoldungsgesetz in der Fassung vom 18. Januar 2016 (GVBl. S. 1, 166, 202), zuletzt geändert durch Artikel 1 bis 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (GVBl. S. 655), wird wie folgt geändert:

1. In Anlage 1 wird dem Abschnitt II folgende Nummer 12 angefügt:

"12. Zulage für Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern

(1) Beamte erhalten während einer Verwendung als Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern eine Stellenzulage nach Anlage 8, wenn sie das Amt 'Seminarrektor' nicht bekleiden.

(2) Absatz 1 gilt auch während einer der Tätigkeit eines Fachleiters entsprechenden Verwendung von Beamten in der pädagogisch-praktischen Nachqualifizierung für an staatlichen Schulen eingestellte Lehrkräfte nach § 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ThürBILDVO.

(3) Diese Zulage wird nicht an Beamte gezahlt, denen gemäß § 67 c Abs. 3 die Zulage für Fachleiter nach der Anlage 1, Besoldungsordnungen A und B, II. Stellenzulagen, Nummer 9 Abs. 1 oder 2 des Thüringer Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 18. Januar 2016 (GVBl. S. 1, 166, 202), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juli 2019 (GVBl. S. 286), weiter gewährt wird."

2. In Anlage 8 wird Tabelle 1 wie folgt geändert:

a) In Spalte 3 wird nach der Angabe "Nummer 9, 10 und 11" die Angabe "Nummer 12" eingefügt.

b) In Spalte 4 wird nach der Zahl "300,00" die Zahl "200,00" eingefügt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2021 in Kraft.

Zu dieser Novellierung nehme ich aus rechtswissenschaftlicher Perspektive Stellung. Die nachfolgende Betrachtung des Gesetzesentwurfs orientiert sich dabei an dem, was nach Auffassung von Rechtsprechung und Literatur mit Blick auf die Gewährung von Zulagen verfassungs- und einfach-rechtlich zulässig und geboten ist.

Zu den im Schreiben vom 17. Juni 2021 enthaltenen schulfachlichen Fragen kann ich (mit Ausnahme von Frage 6) als Rechtswissenschaftler hingegen nicht Stellung beziehen, da ich über keine Detailkenntnisse des Schulsystems von Thüringen verfüge und somit auch keine Auskunft zu den dort angesprochenen Themen geben kann. Überdies sind die dort angesprochenen Aspekte besoldungspolitischer Natur. Zu besoldungspolitischen Fragen enthalte ich mich als Rechtswissenschaftler jeglicher Bewertung.

B. Rechtliche Würdigung

I. Einführung/Regelungsgegenstand

Der Gesetzentwurf betrifft das Problem der Einführung einer neuen Zulage in die Anlage 1 zum Thüringer Besoldungsgesetz. Ob diese Aufnahme in die Anlage 1 zum Thüringer Besoldungsgesetz rechtlich zulässig ist, ist anhand der verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 33 Abs. 5 GG (II.) sowie der einfach-gesetzlichen Aussagen des Thüringer Besoldungsgesetzes zu ermitteln und zu bewerten (III.). An diese Prüfungen schließt sich die abschließende Einschätzung des Gesetzesvorhabens an (IV.).

II. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der beabsichtigten Besoldungsregelung

Auf verfassungsrechtlicher Ebene ist für die Beurteilung von Besoldungsregeln das in Art. 33 Abs. 5 GG enthaltene Alimentationsprinzip einschlägig. Mit Blick auf das konkrete Gesetzesvorhaben sind vor allem die in Rechtsprechung und Literatur aus Art. 33 Abs. 5 GG hergeleiteten Grundsätze zur Struktur des Besoldungssystems von Relevanz. In dieser Hinsicht gilt zunächst, dass Besoldungsregelungen in sich stimmig sein müssen, d.h., dass das Besoldungssystem einheitlichen Regeln folgt und die Regeln sinnvoll aufeinander abgestimmt sind („Gebot der Systemgerechtigkeit“, so Schmidt, in: Hebeler/Kersten/Lindner, Handbuch Besoldungsrecht, München 2015, § 5 Rn. 14); es muss dem Aspekt der Gleichheit Rechnung tragen (vgl. statt vieler Kersten in: Hebeler/Kersten/Lindner, Handbuch Besoldungsrecht, München 2015, § 3 Rn. 28 ff.). Auch müssen die Besoldungsregeln den Grundsätzen der vertikalen und horizontalen Besoldungsgerechtigkeit Rechnung tragen (vgl. Schmidt, in: Hebeler/Kersten/Lindner, Handbuch Besoldungsrecht, München 2015, § 5 Rn. 16 f. und Rn. 18 f.).

Dessen unbeschadet hat der Besoldungsgesetzgeber im Besoldungsrecht einen weiten Gestaltungs- bzw. Regelungsspielraum, dieser Spielraum bezieht sich sowohl auf die Struktur als auch auf die Höhe der Besoldung (vgl. aus neuerer Zeit BVerfGE 130, 263 (294 f.), BVerfGE 139, 64 Rn. 94; BVerfGE 140, 240 Rn. 73; aus der Literatur statt vieler Schmidt, in: Hebeler/Kersten/Lindner, Handbuch Besoldungsrecht, München 2015, § 5 Rn. 23 u. 61). Dieser ist besonders groß bei Besoldungsbestandteilen, die nicht der Grundalimentation dienen, wie z.B. bei Zulagen.

Der Gesetzentwurf betrifft mit der Gewährung einer Zulage eine punktuelle Einzelregelung innerhalb des Besoldungssystems und stellt damit das System selbst nicht grundlegend in Frage. Die Einführung von Zulagen ist zudem nach §§ 40 ff. Thüringer Besoldungsgesetz möglich, also bereits im System selbst vorgesehen und angelegt. Durch die vorgesehene Neuregelung wird das System als solches somit nicht unstimmig, sondern sie ist vielmehr systemkonform.

Es bestehen somit keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die geplante Neuregelung.

III. Die einfach-gesetzliche Zulässigkeit der beabsichtigten Besoldungsregelung

Einfach-gesetzliche Vorgaben ergeben sich aus dem Besoldungsgesetz des Freistaates Thüringen. Nach § 40 Thüringer Besoldungsgesetz sind Amtszulagen und Stellenzulagen grundsätzlich möglich. Diese Vorschrift lautet:

§ 40 Amtszulagen und Stellenzulagen

(1) Für herausgehobene Funktionen können Amtszulagen und Stellenzulagen vorgesehen werden. Sie dürfen 75 v. H. des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe des Beamten oder Richters und dem Endgrundgehalt der nächsthöheren Besoldungsgruppe nicht übersteigen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Amtszulagen sind unwiderruflich. Sie gelten als Bestandteil des Grundgehalts.

(3) Die Stellenzulagen dürfen nur für die Dauer der Wahrnehmung der herausgehobenen Funktion gewährt werden. Sie sind widerruflich und nur ruhegehaltfähig, wenn dies gesetzlich bestimmt ist.

Bei der beabsichtigten Besoldungsregelung handelt es sich um eine Zulage für die Wahrnehmung einer herausgehobenen Funktion nach § 40 Abs. 1 S. 1 Thüringer Besoldungsgesetz. Die Tätigkeit als Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern kann unter den Begriff der „herausgehobenen Funktion“ subsumiert werden.

Die nach Abschnitt II Nr. 12 Abs. 1 Anlage 1 des Gesetzesentwurfs vorgesehene Einordnung der Zulage als Stellenzulage ist rechtlich nicht zu beanstanden. Sie entspricht der Definition in § 40 Abs. 3 S. 1 Thüringer Besoldungsgesetz für eine Stellenzulage.

Mit Bezug auf die im Anschreiben erwähnte Frage 6) ist zu sagen, dass es rechtlich nicht zu beanstanden ist, wenn die geplante Stellenzulage als ruhegehaltfähig bestimmt wird. Dies ist nach § 40 Abs. 3 S. 2 Thüringer Besoldungsgesetz möglich, bedarf aber einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung.

IV. Abschließende Einschätzung

Gegen die Einführung der im Gesetzentwurf vorgesehenen Zulage sprechen aus meiner Sicht keine besoldungsrechtlichen Vorgaben des Bundes- oder Landesrechts. Auch sind keine rechtlichen Einwände ersichtlich, die gegen eine Gestaltung der Zulage als ruhegehaltsfähig sprechen.

Ob die Zulage eingeführt und als ruhegehaltsfähig gestaltet wird, ist somit eine rein besoldungspolitische Frage, die vom parlamentarischen Gesetzgeber zu entscheiden ist.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetsiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Erfurt, 3.7.21

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>JUGTh e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Vilmars Straße 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99089 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		JUGTh e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Vilmars Straße 13	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt		
Name	Organisationsform												
	JUGTh e.V.												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Vilmars Straße 13												
Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteldokG)	
	Schulbuch eines Gymnasiums	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteldokG)	
	Die Rolle und die Existenzberechtigung einer Fachleiterin ist zu überprüfen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokO)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Göhr, 20.07.2021

Thüringer Landtag
Jürgen Fuchs Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
09.07.2021 11:50

17646/2021

Erfurt, 09.07.2021

Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

hier die Stellungnahme der Interessenvereinigung der Gymnasien in Thüringen e.V. bezüglich der
FachleiterInnen und der Gewährung von Zulagen.

Bevor man weitreichende Entscheidungen bezüglich FachleiterInnen trifft, sollte man die Rolle dieser
Personen in der Lehrerausbildung und die Lehrerausbildung selbst kritisch-konstruktiv reflektieren.
Dazu könnte man die neu eingestellten LehrerInnen befragen, insbesondere hinsichtlich der Wirk-
samkeit einzelner Ausbildungsabschnitte.

Die nachfolgenden Aussagen beziehen sich auf subjektive Eindrücke unserer Mitglieder und Rückmel-
dungen der Berufseinsteiger.

Die LehrerInnenausbildung dauert mindestens sieben Jahre. Das erscheint viel zu lang, zumal festge-
stellt wurde, dass bei Berufseinsteigern wichtige berufliche Kompetenzen nur unzureichend ausge-
prägt sind. Auffällig ist, dass der Entwicklung von Kommunikations- und Interaktionsfähigkeiten zu
wenig Raum gegeben wird. Auch die fachwissenschaftliche Ausbildung genügt nicht immer schuli-
schen Ansprüchen. Das führt dazu, dass Berufseinsteiger unheimlich viel Zeit benötigen, schulische
Sachstrukturen aufzubereiten. MathematiklehrerInnen müssen keine MathematikerInnen sein, Ethik-
lehrerInnen keine PhilosophInnen. BerufseinsteigerInnen beklagen immer wieder den sogenannten
Praxisschock- den sollte es aber bei einer so langen Ausbildungszeit nicht geben. Praxissemesterstu-
denten reflektieren über das halbe Jahr in der Schule durchweg positiv, häufig wird geäußert, dass
sie nicht wissen, was sie an der Universität noch lernen sollen. Das sollte verifiziert werden und gege-
benenfalls geändert werden. Schon aus wirtschaftlichen Interessen ist es eher ungünstig mit 30 als
LehrerIn zu beginnen und mit 55 in den Vorruhestand zu wollen. Lieber sollte man über Arbeitszeit-
modelle für LehrerInnen diskutieren, die eine regelmäßige und kontinuierliche Fort- und Weiterbil-
dung einbinden.

Die 2.Phase der Lehrerausbildung muss stärker zur Berufseingangsphase ausgestaltet werden. Nach-
dem man mindestens fünf Jahre Wissen angehäuft und erste Erfahrungen beim Unterrichten gesam-
melt hat, muss das nun in die tägliche Gestaltung unterrichtlicher Prozesse eingebracht werden. Die-
ser Vorgang muss begleitet und angeleitet werden. Das geschieht derzeit hauptsächlich durch die
MentorInnen und die Verantwortlichen für Ausbildung an den Schulen. Das ist gut und richtig so, da
nur dieser Personenkreis die für einen erfolgreichen Beratungsprozess notwendigen professionellen
Beziehungen aufbauen und entwickeln kann. Das kann den FachleiterInnen nur in Ansätzen gelingen,
da nur sehr wenig Unterrichtsbesuche erlaubt und gewünscht sind. Nur über diese kann eine gewinn-
bringende Beratung zur Weiterentwicklung der beruflichen Kompetenzen der LehramtanwärterInnen
erfolgen. Das Abhalten von allgemeinen Seminaren und Fachsitzungen zur Beseitigung fachlicher,

fachdidaktischer und ähnlicher Defizite erscheint fragwürdig und sollte der ersten Phase der Lehrerbildung vorbehalten sein. Dass der schul- und schulartübergreifende Blick in die Ausbildung integriert werden muss, ist selbstverständlich. Er kann aber auf vielfältige Weise eingebracht werden.

Während es in den Anfangsjahren der Thüringer Neuzeit noch mehrstufige Auswahlverfahren für FachleiterInnen gab, in denen man nachweisen musste, dass man den Anforderungen an das Berufsbild genügt, scheint es so, als ob heute jeder, der meint FachleiterIn sein zu wollen, genommen wird. Das führt zu Akzeptanz- und Identitätsproblemen.

Von daher ist die Existenzberechtigung und die Rolle der Studienseminare zu überdenken. Die praktische Ausbildung kann nur an der Schule stattfinden. Hauptaufgabe ist es zu unterrichten und den Unterricht mit den AusbilderInnen (Mentoren, Verantwortliche für Ausbildung,...) zu reflektieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Praxissemester viele Grundlagen schon geschaffen wurden. Den Trägern der 1.Phase der Lehrerbildung ist klarer auszuweisen, welche Kompetenzen zu entwickeln bzw. anzubahnen sind. Die LehramtsanwärterInnen sind schneller an die normalen Arbeitsbelastungen einer LehrerIn heranzuführen.

Die bestehenden Studienseminare sollten personell abgespeckt werden. Ihre Aufgabe besteht darin, Prüfungen abzunehmen und die Ausbilder an den Schulen anzuleiten. Eine fachliche bzw. fachdidaktische Ausbildung ist nicht notwendig, da die LehramtsanwärterInnen in diesen Bereichen einen Hochschulabschluss haben. Das sollte reichen, wenn nicht, muss mit den Hochschulen verhandelt werden oder über eine pädagogische Hochschule nachgedacht werden. Damit die Ausbildung eine breitere Erfahrungsbasis bekommt, sollten regionale Schulverbände eingerichtet werden. Da liegen schon sehr gute Erfahrungen z.B. aus Meiningen vor.

Zu den von Ihnen gestellten Fragen:

zu 1. Es werden in den nächsten Jahren massiv LehrerInnen in den Ruhestand gehen, sodass Bedarfe in allen Fächern- vor allem in Mathematik und den Naturwissenschaften entstehen.

zu 2. Ein Umbau der 2.Phase erscheint aus unserer Sicht dringend notwendig.

zu 3. Man muss entscheiden, ob man das Amt der FachleiterIn will. Wenn ja, muss man die Zulage unabhängig von den Anwärterzahlen zahlen. Allerdings sollte die Person die notwendigen Qualifikationen regelmäßig nachweisen müssen.

zu 4. Die Aufgabe wird solange wahrgenommen, solange man AnwärterInnen betreut.

zu 5. Durch die oben vorgeschlagenen Umstrukturierungen.

zu 6. Hier sollten andere Ausbildungsaufgaben zugewiesen werden.

zu 7. Ja.

zu 8. Besser ist es umzustrukturieren.

zu 9. Eine Differenzierung wäre sinnvoll.

Fazit:

Aus meiner Sicht muss die Ausbildung umstrukturiert werden. Ziel muss es sein, die Bedarfe zu decken. Darüber hinaus müssen die notwendigen beruflichen Qualifikationen so gut ausgeprägt sein, dass die AbsolventInnen den ganz normalen Berufsalltag bewältigen. Defizite müssen erfasst und behoben werden. Die Ausbildungsschule bzw. ein Verband von Ausbildungsschulen ist Hauptort der Ausbildung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer-Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt, Lehramt an Gymnasien</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Gustav-Freytag-Straße 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt, Lehramt an Gymnasien		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Straße 6	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt, Lehramt an Gymnasien										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Straße 6									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

19455/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> X. ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Funktionsstelle Fachleiter befürwortet - Zulagenregelung für Fachleiter, die die Voraussetzungen für eine Funktionsstelle nicht erfüllen befürwortet - Zeitnahe Änderung des Besoldungsgesetzes zum 2. Punkt ist wichtig, um Fachleiter per Interessenbekundungsverfahren gewinnen zu können (alle neu zu gewinnenden Fachleiter müsste ohne Zulage arbeiten – Grund Übergangsregelungen im Besoldungsgesetz §67c) - Gefordert: Beginn mit dem Stellenbesetzungsverfahren für Funktionsstellen der Fachleiter 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> X nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 3

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bocka, den 23.07.2021	

THÜR. LANDTAG POST
12.07.2021 07:20

17724/2021



Stellungnahme des bak Thüringen zur Drucksache 7/3386: Beteiligung am schriftlichen Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes (Gesetzentwurf der Fraktion der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Stellungnahme äußert sich der Landesvorstand des bak Thüringen zum Gesetzentwurf sowie zu den im Schreiben genannten Fragen.

1. Wie beurteilen Sie die Bedarfe an Lehrkräften in den nächsten 5 und in den nächsten 10 Jahren nach Schularten und Fächern?

Derzeit besteht ein zunehmender Mangel an Lehrkräften vor allem in den Schularten Grund-, Förder- und Regelschule sowie in ausgewählten (Bedarfs-)Fächern in der Schulart Gymnasium. Aus der Perspektive des Vorbereitungsdienstes kann konstatiert werden, dass sowohl die Bewerberlagen für den Schuldienst als auch für den Vorbereitungsdienst grundsätzlich als nicht ausreichend angesehen werden kann. Aus diesem Grund besteht die Notwendigkeit, Seiteneinsteiger einzustellen und hochwertig zu qualifizieren, um Unterrichtsqualität zu sichern.

Aufgrund des derzeitigen Lehrkräftemangels, der sich nicht nur in Schularten und Fächern zeigt, sondern auch regionale Unterschiede aufweist, müssen Maßnahmen getroffen werden, die die Attraktivität des Lehrerberufs erhöhen. Aus diesem Grund begrüßen wir die lt. Besoldungsgesetz vorgesehene Zahlung von Zulagen für ausgewählte Regionen und Fächer sowohl für Lehramtsanwärter_innen als auch für Lehrkräfte. Die dafür notwendigen Entscheidungen, wer eine solche Zulage erhalten kann, sollten zeitnah getroffen und transparent gestaltet werden.

In der Regel werden Lehrkräfte in mehreren Fächern ausgebildet. Damit alle Bewerber_innen unabhängig von der Fächerkombination ausgebildet werden können, muss eine entsprechende Ausbildungskapazität grundsätzlich ermöglicht werden. Dafür bedarf es ein hohes Maß an Flexibilität in Bezug auf die zur Verfügung stehende Fachleiter_innenkapazität. Das Ziel muss sein, jedem / jeder Bewerber/in einen Platz im Thüringer Vorbereitungsdienst, unabhängig von der Fächerkombination, anzubieten. Für das Vorhandensein der dafür benötigten Fachleiter_innen muss um jeden Preis trotz der derzeitigen Mangelsituation gesorgt werden. Hier könnten zur Vermeidung von Ausbildungsengpässen auch Lehrkräfte gewonnen werden, die zeitlich begrenzt als Fachleiter_in tätig werden und für den Zeitraum ihrer Tätigkeit eine entsprechende ruhegehaltsfähige Zulage erhalten.

2. Wie beurteilen Sie die Abschaffung des Amtes des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2011 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren.

Der Abschaffung des Amtes im Jahr 2011 wurde von den Fachleiter_innen als eine Geringschätzung ihrer hochprofessionellen Tätigkeit wahrgenommen. Diese Tatsache führte dauerhaft zu einer geringeren Bewerber_innenzahl für die Tätigkeit von Fachleiter_innen und somit in einer Zeit hoher Bewerberzahlen für den Thüringer Vorbereitungsdienst zu Engpässen in der zur Verfügung stehenden Ausbildungskapazität. Steigender Kapazitätsbedarf in der Lehrer_innenausbildung sowie die Einführung der Qualifizierung von Seiteneinsteiger_innen bedeutet derzeit einen steigenden Bedarf an Ausbilder_innen. Aus diesem Grund muss die Tätigkeit an Attraktivität gewinnen, damit ausreichend Bewerber_innen gefunden werden können. Die Wiedereinführung des Amtes eines/einer Fachleiter_in stellt eine solche Karrierechance dar. Um flexibel auf die verschiedenen Kapazitätsanforderungen reagieren zu können, wird für eine begrenzte Anzahl von Fachleiter_innen das Amt eines/einer Fachleiter_in wiedereingeführt und mit A 14 besoldet. Finanzielle Anreize stellen eine wichtige Säule in den Maßnahmen zur Fachleiter_innengewinnung dar. Einige Fachleiter_innen nehmen ihr Amt über eine längere Zeit wahr, einige nur zeitweise. Aus diesem Grund sollte ein gestaffeltes System entwickelt werden. In einem solchen System gibt es Fachleiter_innen, die Aufgaben über eine lange Zeit wahrnehmen und voll ausgelastet sind. Diese erhalten bzw. verfügen über ein Amt. Des Weiteren gibt es Fachleiter_innen, die ihre Aufgabe zeitlich befristet wahrnehmen oder nur wenige Lehramtsanwärter_innen betreuen und aus diesem Grund weiterhin eine Zulage erhalten sollten.

Grundsätzlich müssen genaue Kriterien/Tätigkeitsbeschreibungen festgelegt werden, wann ein Amt verliehen wird und wann nur eine Abordnung erfolgt und in diesem Fall eine Zulage gezahlt werden soll.

3. Wie beurteilen Sie die Abschaffung der Zulage des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2020 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

Im Dezember 2021 wurden Veränderungen im Thüringer Besoldungsgesetz beschlossen. Zu unserer großen Freude, insbesondere für uns als Interessenvertretung der Thüringer Seminar- und Fachleiter_innen, geht mit den beschlossenen Veränderungen die Wiedereinführung eines Fachleiter-Amtes als Funktionsstelle für die Thüringer Fachleiter/innen einher. Obwohl grundsätzlich die Freude überwiegt, wurden an den Vorstand des bak Thüringen Probleme herangetragen, die eng mit der Einführung des Amtes zusammenhängen. Das betrifft zum einen die grundsätzliche Voraussetzung einer hälftigen Verwendung als Fachleiter_in für die Übernahme einer Funktionsstelle, die sich im § 67c in der dortigen Beschreibung auf viel weniger Tätigkeitsfelder bezieht als im Vergleich zur Tätigkeitsbeschreibung der Fachleiter_innen entsprechend §24 der Thüringer Lehrerdienstordnung (<https://landesrecht.thueringen.de/bsth/document/VVTH-VVTH000004972>). Würde man die in der Lehrerdienstordnung beschriebenen Aufgabenbereiche von Fachleiter/innen in der ersten, zweiten und dritten Phase der Lehrerbildung zugrunde legen, kann für mehr Fachleiter_innen eine mindestens hälftige Verwendung erreicht werden. Dies ist auch unbedingt vor dem Hintergrund der Vorschläge aus dem Dialog Schule 2030 zu betrachten.

Einige der Fachleite_r/innen, die für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ausbilden, kommen derzeit bedingt durch die niedrigen Bewerber- und Ausbildungszahlen, aber auch den geringen Bedarf in vielen verschiedenen berufsspezifischen Ausbildungsberufen selten bis gar nicht auf die erforderliche hälftige Verwendung als Fachleiter_in im Rahmen der im § 67c (ThürBesG) beschriebenen Bedingungen. Dies betrifft ebenso die Fachleiter_innen an den Thüringer Seminarschulverbünden, die struktur- und organisationsbedingt zum Teil nur sehr wenige

Lehramtsanwärter_innen ausbilden (können), da sie mit vielen Lehrerwochenstunden auch an ihrer Schule eingesetzt sind. Für diese genannten Personengruppen würde die Möglichkeit zur Übernahme einer Funktionsstelle komplett entfallen, aber auch das Recht auf eine Zulage bis und nach dem Ende der Übergangsfrist (§ 67c, Abs. 3). Vor allem aus den o.g. Gründen hatte der **LK Thüringen** in seiner Stellungnahme zum Besoldungsgesetz (Drs. 7/132/938) für das Beibehalten der Zulagenregelung sowie gleichzeitig für die Schaffung von Funktionsstellen plädiert, sozusagen für die Einführung eines gestuften Systems, welches Flexibilität ermöglicht.

4. Nehmen Fachleiter_innen an den Studienseminaren Ihr Kennnis nach die Aufgaben dauerhaft oder nur zeitweise wahr?

Einige Fachleiter_innen nehmen ihr Amt über eine längere Zeit wahr, einige nur zeitweise. Aus diesem Grund sollte ein gestaffeltes System entwickelt werden. In einem solchen System gibt es Fachleiter_innen, die Aufgaben über eine lange Zeit wahrnehmen und voll ausgelastet sind. Diese erhalten bzw. verfügen über ein Amt. Des Weiteren gibt es Fachleiter_innen, die ihre Aufgabe zeitlich befristet wahrnehmen oder nur wenige Lehramtsanwärter_innen betreuen und aus diesem Grund weiterhin eine Zulage erhalten sollten. Die Zulagenregelung darf aus diesem Grund nicht an die hälftige Verwendung gekoppelt sein. Grundsätzlich müssen genaue Kriterien und Tätigkeitsbeschreibungen festgelegt werden, wann ein Amt verliehen wird und wann nur eine Abordnung erfolgt und für diesem Fall eine Zulage gezahlt werden soll.

5. Wie können und sollten aus Ihrer Sicht Zulagen für Fachleiter_innen realisiert werden, gerade bei „kleinen“ Fächern?

Es bedarf, wie zu Frage 4 ausgeführt, der Entwicklung eines gestaffelten Systems, wenn die Zulage nicht wie bisher in gleicher Höhe an alle Fachleiter_innen gezahlt werden soll, die keine Funktionsstelle innehaben.

Die Aufgaben von Fachleiter_innen bestehen nicht nur in der Ausbildung von Lehramtsanwärter_innen. Fachleiter_innen an Studienseminaren und Seminarschulverbünden qualifizieren Seiteneinsteiger_innen, nehmen Lehrproben im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Unterrichtserlaubnis sowie im Zusammenhang mit der Anerkennung ausländischer Abschlüsse ab. Außerdem sieht ihr Tätigkeitsfeld Aufgaben in der ersten und dritten Phase der Lehrer_innenbildung vor (vgl. §24 der Thüringer Lehrerdienstordnung (<https://landesrecht.thueringen.de/bsth/document/VVTH-VVTH000004972>)).

6. Welche Anrechnungsmöglichkeiten und damit verbundene Möglichkeiten einer Zulage sollte es bereits ab der Betreuung des /der ersten Lehramtsanwärters/in geben?

Eine Zulage sollte ab der Betreuung des /der ersten Lehramtsanwärters/in möglich sein. Die Aufgaben der Fachleiter_innen sind bezogen auf die Auszubildenden identisch: Unterrichtsbesuche, Beratung, Lehrproben, Ausbildungsgespräche, Beurteilungen, Lernaufgaben, individuelle Kontakte und Gespräche, Diese multiplizieren sich mit der Anzahl der Lehramtsanwärter_innen bzw. Seiteneinsteiger_innen, die von einem/ einer Fachleiter/in ausgebildet werden. Die Aufgaben in der Ausgestaltung der Fachseminare, also die theoretische Grundlegung sowie die Anleitung zur Theorie-Praxis-Reflexion muss von den zuständigen Fachleiter_innen grundsätzlich gestaltet werden, ob nun für einen, zwei, ... oder zwölf Lehramtsanwärter_innen. Hier ist der Aufwand für die Planung und Durchführung der Seminare nicht von der Anzahl der Auszubildenden abhängig.

Neben der Ausbildung der Lehramtsanwärter_innen im Fach müssen Fachleiter_innen weitere Ausbildungsaufgaben übernehmen, die sich im Umfang unterscheiden: Portfolioarbeit, Mitwirkung in allgemeinpädagogischen Seminaren, Anerkennungsverfahren, Mitwirkung in der ersten und dritten Phase der Lehrerausbildung, Einige Fachleiter_innen bilden in zwei oder mehr Fächern aus und müssen entsprechend mehr Seminare halten.

7. Sollte die Zulage ruhegehaltsfähig sein?

Wir befürworten eine ruhegehaltsfähige Zulage, die für den Zeitraum der Wahrnehmung von Fachleiter_inneaufgaben gezahlt wird.

8. Welche begleitenden Maßnahmen sollten zur Steigerung der Attraktivität der Fachleitertätigkeit untergesetzlich ergriffen werden?

Die Dienst- und Fachaufsicht sollte zusammengeführt und am Studienseminar verankert werden. Das sollte zumindest für das Personal mit Funktionsstellen gelten. Hier sollte die Dienststelle das jeweilige Studienseminar sein. Diejenigen Fachleiter_innen mit Funktionsamt sollten jeweils für ihre Unterrichtsverpflichtung an die Ausbildungsschule abgeordnet werden. Dabei sollte es möglich sein, dass die Unterrichtsverpflichtung bei Kapazitätsbedarf auch unterhalb den acht Stunden (lt. Arbeitszeitgesetz) sein kann. Durch diese Variabilität, die Flexibilität ermöglicht, kann ggf. die Neugewinnung eines/einer Fachleiters/in unnötig sein. Für Fachleiter_innen, die mehr als hälftig in der Ausbildung eingesetzt werden, sollten Aufgaben an der Ausbildungsschule reduziert werden (bspw. keine Klassenleitung).

Für Fachleitungen sollten digitale Endgeräte bereitgestellt werden.

9. Welcher realistische Arbeitsaufwand entsteht durch die Betreuung eines/einer ersten, zweiten, dritten und weiteren Lehramtsanwärter_in? Sollte hier bei der Anrechnung von Stunden und Gewährung von Zulagen differenziert werden?

Zunächst wird auf die Beantwortung von Frage 6 hingewiesen.

Darüber hinaus wird angemerkt, dass Fachleiter_innen für die Ausbildung von Lehramtsanwärter_innen und Lehrkräften in der Nachqualifizierung jeweils pro Fach 12, 18 oder 24 Monate Zeit zur Verfügung steht. Ein/e Fachleiter/in hat demnach für alle Ausbildungsaufgaben pro Anwärter_in bzw. Seiteneinsteiger_in entweder 12 Monate Zeit oder 18 Monate oder 24 Monate. Der Unterschied in den Arbeitsaufgaben besteht lediglich in der Anzahl der Seminarveranstaltungen pro Auszubildenden. Unterrichtsbesuche, Beurteilungen, Lehrproben, ... oder Prüfungen orientieren sich nicht an der Dauer der Ausbildung. Der realistische Arbeitsaufwand variiert nach der zur Verfügung stehenden Zeit des/der Fachleiters/in pro Lehramtsanwärter_in bzw. Lehrkraft in der Nachqualifizierung.

Des Weiteren orientiert sich der realistische Arbeitsaufwand an der Zusammensetzung der Ausbildungsgruppe, für die ein/e Fachleiter/in zuständig ist. Diese Gruppen können entweder heterogen sein, d.h. sie bestehen aus Lehramtsanwärter_innen mehrerer Ausbildungsjahrgänge. Dann muss ein/e Fachleiter/in gleichzeitig den Lehrproben-, Beurteilungs- oder Prüfungszeitraum mehrerer Jahrgänge berücksichtigen im Unterschied zu dem/der Fachleiter/in, die lediglich Personen aus einem Ausbildungsjahrgang ausbildet.

Fazit:

Der Vorstand des bak Thüringen stimmt dem Lösungsvorschlag im Gesetzentwurf zu: Beibehaltung der Zulagenregelung für alle Fachleiter_innen, die die Funktionsstelle „Seminarrektor“ nicht innehaben. Die Gewährung der Zulage ist nicht an die Hältigkeit gebunden und wird ab dem/der ersten Lehramtsanwärter/in bzw. Lehrkraft in der Ausbildung gewährt. Die Vergabe der Lehrerwochenstunden für die Tätigkeit der Fachleiter_innen sowie deren Anrechnung auf die Zulagenhöhe orientiert sich an allen in der Thüringer Lehrerdienstordnung genannten Tätigkeitsfeldern von Fachleiter_innen.

Bocka, den 07.Juli 2021

Im Namen des Vorstandes

Landessprecherin bak Thüringen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"><i>Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"><i>Gustav-Freytag-Str. 6</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"><i>99096 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Gustav-Freytag-Str. 6</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Gustav-Freytag-Str. 6</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Verantwortliche Gesamtseminarleiterin des statischen Studienseminars f. Lehrerausbildung Erfurt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf mit begründeter Darstellung der gegenwertigen Situation und Ausführungen zum Aufgabefeld der Fachlehrer*innen in der Ausbildung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 09.07.2021	



Staatliches Studienseminar für Lehrerbildung Erfurt
Gustav-Freytag-Straße 6 · 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1380

zu Drs. 7/3386

**Stellungnahme zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer
Besoldungsgesetzes**

hier: Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Die Seminarleitung des schulartbezogenen Studienseminars für das Lehramt an Grundschulen begrüßt den Entwurf zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes. Wir verweisen gleichzeitig auf die Notwendigkeit der zügigen Umsetzung des benannten Gesetzes.

In den folgenden Ausführungen schließe ich alle in den schulartbezogenen Studienseminaren, Seminarschulverbünden und der Seminarschule tätigen Fachleiter*innen mit ein.

Bezogen auf die Gruppe der Fachleiter*innen möchten wir auf folgende Punkte aufmerksam machen:

1. Leistungsgerechte Besoldung

Anlass für die Änderung des Thüringer Besoldungsgesetz vom Oktober 2018, mit der die Zahlung der Zulage an Fachleiter*innen (FL) für die Wahrnehmung von Ausbildungsaufgaben in der 2. Phase der Lehrerbildung geregelt wurde und mit der in Folge vorgenommenen Gesetzesänderung vom 21.12.2020 wird in der Ausbildung ein bisher verfolgtes Ziel der leistungsgerechten Bezahlung torpediert. Das Finanzministerium wird die Zahlung der Zulage nach Änderung im Besoldungsgesetz künftig an die Bedingung knüpfen, dass mindestens die hälftige Verwendung (also 12 LWS) der Lehrkraft in der Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen erfolgt. Bis zu diesem o.g. Zeitpunkt erfolgte die Zahlung der Zulage an alle Fachleiter*innen unabhängig von der Anzahl der auszubildenden Lehramtsanwärter*innen (LAA) und Nachqualifizierer*innen (NQ). Das wird von der Seminarleitung als auch von

Die Leiterin

Ihr/e Ansprechpartner/in

Durchwahl

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Erfurt,
09.07.2021

Staatliches Studienseminar
für Lehrerbildung Erfurt
Gustav-Freytag-Straße 6
99096 Erfurt

Im Staatlichen Studienseminar gilt
gleitende Arbeitszeit. Bitte Termine
vereinbaren.

E-Mail-Adressen dienen nur dem
Empfang einfacher Mitteilungen ohne
Signatur und/oder Verschlüsselung.

allen Fachleiter*innen als Wertschätzung und Anerkennung ihrer anspruchsvollen Tätigkeit gesehen. Mit der Durchsetzung dieser Maßgabe werden jedoch weite Teile der Ausbildung im Vorbereitungsdienst und in der Nachqualifizierung im Bestand gefährdet.

Da die Fachleiter*innen und auch die Seminarleitungen keinen Einfluss auf die Bewerberzahlen in den Ausbildungsfächern und Berufsfeldern haben, entstand durch diese Regelung im Besoldungsgesetz eine Ungleichbehandlung, die die Motivation der Kolleginnen und Kollegen beeinträchtigt und in vielen Fällen mit einer Beendigung der Tätigkeit als FL einhergehen würde. Folgende Fachleiter*innen, die Ausbildungsaufgaben in der Lehrerausbildung erfüllen, würden den Anspruch auf die Zahlung einer Zulage verlieren:

- Fachleiter*innen in den Fächern mit geringer Bewerberzahl (z.B. in den Fächern (Mangelfächer) Biologie, Chemie, Mathematik, Musik, WRT, Geografie aber auch Französisch, evangelische Religionslehre, katholische Religionslehre, Kunsterziehung)

- Fachleiter*innen im berufsbildenden Bereich

(derzeit erfüllen nur eine geringe Anzahl von aktiven Fachleiter*innen die oben genannten Voraussetzungen, auch hier betrifft es vorwiegend Mangelfächer)

- Fachleiter*innen an den Seminarschulverbünden

(hier sind Fachleiter*innen aller Fächer in allen Schularten betroffen!)

Aus der beschriebenen Problemlage gibt es bei den Seminarleiter*innen folgende Szenarien:

- aktive Fachleiter*innen erwägen, die Tätigkeit aufzugeben (erste Ankündigungen existieren bereits);
- es sind die „Mangelfächer“ wie Biologie, Chemie, Mathematik, Musik betroffen;
- die Gewinnung neuer Fachleiter*innen gestaltet sich noch schwieriger als bisher, nicht nur aufgrund des Lehrermangels an den Schulen, sondern auch durch fehlende Anreize;
- die Realisierung von vier Einstellungsterminen für den Vorbereitungsdienst und für die Nachqualifizierung wird unmöglich;
- die Beibehaltung der Ausbildungskapazitäten ist gefährdet, eine Erhöhung (vor allem für die Lehrkräfte in der Nachqualifizierung) erscheint unwahrscheinlich.

Die Seminarleiter*innen als Verantwortliche in der Fachaufsicht bitten darum, diese Problematik in den Blick zu nehmen. Es besteht dringend Handlungsbedarf, um erfahrene Fachleiter*innen nicht zu verlieren, um neue Ausbilder*innen zu gewinnen, um der wachsenden Herausforderungen in der 2. Phase der Lehrerausbildung (Lehramtsanwärter*innen, Quereinsteiger*innen/ Lehrkräfte in der Nachqualifizierung) qualitativ und quantitativ begegnen zu können.

2. Nachdenken über leistungsgerechte Besoldung

Uns stellt sich die Frage: Was würde die Motivation der Fachleiter*innen im Jetzt und in der Zukunft befördern?

Leistungsgerechte Besoldung

Damit Lehrer*innen den Beruf kompetent ausführen können und das überall im Freistaat Thüringen bedarf es einer Ausbildung, die den Forderungen an eine zukünftige Schule gerecht wird. Dazu zählen u.a., dass Schule ein Ort:

- der allseitigen Bildung,
- der Förderung und Würdigung von Leistung,
- der Lebens- und Lernfreude,
- der Mitwirkung im demokratischen Sinn,
- des individuellen und gemeinsamen Lernens und das für alle Kinder und Jugendlichen ist.

Die Ausbildung in der zweiten Phase der Lehrerbildung findet in den Staatlichen Studienseminaren, den Seminarschulverbünden und der Seminar-schule statt. Die dort tätigen Fachleiter*innen, aber ebenso die in Ausbildung involvierten Schulleiter*innen erfahren mit der Änderung in der Besoldungs-ordnung die Wertschätzung, die ihnen gebührt. Die angezeigte Änderung in Anlage 1 Abschnitt II angefügt Nr. 12 stellt für die Seminarleitungen die Grundlage für eine leistungsgerechte Besoldung aller in Ausbildung tätigen Fachleiter*innen dar.

Denkanstöße für das Jetzt und Zukünftige:

- ☐ Zukünftig besteht ein hoher Bedarf an Grundschullehrer*innen, auch auf- grund von ungenügender Einstellung in den 90er Jahren und der daraus re- sultierenden Altersstruktur.
- ☐ Die Abschaffung des Amtes der Fachleiter*innen führte zu einer finanziel- len Ungleichbehandlung der Personen mit gleichen Aufgabenbereichen. Die im Jahr 2018 erhöhte Zulage für Fachleiter*innen ist nicht ruhegehaltsfähig und kann somit nicht als Anerkennung der besonderen Leistungen gelten. Sie ist nur ein Ausgleich für entstandene Mehrkosten.
- ☐ Alle Fachleiter*innen nehmen aufgrund der konstant hohen Lehramtsan- wärter*innenzahlen die Aufgaben dauerhaft wahr. Dabei ist zu beachten, dass die Ausbildungsverpflichtungen in den letzten Jahren durch eine Ver- kürzung der Ausbildungszeit auf 1 Jahr im Grundschulbereich sowie derzeit vier Einstellungsterminen stark angestiegen sind.

□ Alle ausgebildeten Grundschullehrkräfte werden aufgrund der Gleichbehandlung der Lehrämter ausnahmslos in die A13 gehoben. Die Aufgaben der Grundschullehrer*innen haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Grundschulen sehen Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarfen nicht als Zukunftsherausforderung. Sie stellen sich den Anforderungen.

□ Zusätzlich wurde aufgrund der sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahren eine intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern und Institutionen forciert. Das bedeutet besonders für die Grundschule eine Neuausrichtung des Bildungs- und Erziehungsauftrages. Aus genannten Gründen ist die Anhebung in die Besoldungsgruppe A13 zwingend notwendig, da sonst eine Abwanderung von Grundschullehrkräften in andere Bundesländer weiterhin zu befürchten ist.

□ Die Einführung eines entsprechenden Amtes mit einer höheren Besoldung ist in diesem Zusammenhang sicherlich ein wichtiger Baustein. Warum allerdings auch hier mit zweierlei Maß gemessen wird, erschließt sich uns nicht. Worin unterscheidet sich denn die Tätigkeit eines Fachleiter*in der Grundschule von der Tätigkeit der anderen Schularten? Für uns bleibt es daher bei der grundsätzlichen Forderung nach "A 13 für alle". Oder Fachleiter*innen der Grundschule müssten analog dann in die A 14 gehoben werden.

Folgend füge ich die zusammengestellten Äußerungen der Fachleiter*innen des schulartbezogenen Studienseminars für das Lehramt an Grundschulen entsprechend der Fragestellungen ein.

1. Wie begründen Sie den Bedarf an Grundschullehrkräften in den nächsten 5 bis 10 Jahren?

Der Bedarf an Grundschullehrer*innen wird in den nächsten 5 bis 10 Jahren in allen Fächern hoch sein. Die fehlende Altersmischung aufgrund weniger Einstellungen in den Jahren ab 1991 bedingt eine hohe Quote an Neueinstellungen aufgrund der hohen Anzahl derer, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden. An den Grundschulen erleben wir direkt mit, welche Auswirkungen der Lehrermangel auf die Arbeit mit den Kindern hat (aufgeteilte Klassen, Stundenvertretung/-ausfall, kaum Möglichkeiten für Doppelbesetzung und kleine Lerngruppen...).

2. Wie begründen Sie die Forderung nach einer Anhebung der Besoldung von Grundschullehrkräften in die Besoldungsgruppe A13?

Die Ungleichbehandlung von Kolleg*innen, die die gleiche Arbeit mit und ohne Amt des Fachleiters / der Fachleiterin erledigen, gilt es abzuschaffen. Die eingeführte Zulage hat keine Auswirkungen auf das Ruhestandsgehalt

und verstärkt damit die Ungleichbehandlung erheblich. Die Fachleiter*innen gewährleisten eine umfassende Ausbildung entsprechend der Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter. Diese beinhaltet

- die fachlich kompetente Beratung der Lehramtsanwärter*innen in allgemeiner und Fachdidaktik sowie in Pädagogik während der Unterrichtsbesuche an den Ausbildungsschulen,
- die eigene Unterrichtstätigkeit an Schule und im Studienseminar
- sowie die Begleitung und Beratung der Lehramtsanwärter*innen in Lehrproben, Prüfungen und Ausbildungsgesprächen.

Die Abschaffung des Amtes des Fachleiters/ der Fachleiterin steht somit im Widerspruch zu der verantwortungsvollen Funktion und kann nur als Geringschätzung interpretiert werden.

3. Wie beurteilen Sie die Abschaffung der Zulage des Fachleiters/ der Fachleiterin an einem Studienseminar 2020 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Schulen allgemein?

Die Abschaffung der Zulage des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar verstärkt die Ungleichbehandlung von Fachleiter*innen, die alle die gleichen Aufgaben der Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen erledigen. Das verstößt zusätzlich gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Zudem gibt es seit Mai 2020 vier Einstellungstermine zur Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen, die die Arbeit am Studienseminar zusätzlich erhöhen. Vor allem in Drittfächern, in denen die Zahl der Auszubildenden schon innerhalb eines Schuljahres (4 Einstellungstermine) stark variieren kann, fühlen sich Fachleiter*innen dadurch weniger wertgeschätzt. Erfahren sie für die Ausübung ihrer verantwortungsvollen Aufgabe keinen Anreiz, können perspektivisch einzelne Fächer nicht mehr ausgebildet werden. Dies hätte zur Folge, dass sich die künftigen Lehramtsanwärter*innen in anderen Bundesländern orientieren, um in ihrem Drittfach/ Viertfach ausgebildet zu werden. Eine Ausbildung kann nicht nur in den Hauptfächern Mathematik und Deutsch stattfinden, sie lebt auch von der Vielfalt der in der Stundentafel angebotenen Fächer.

4. Wie beurteilen Sie die Aufgaben der Fachleiter*innen an den Schulen nach der Abschaffung der Zulage?

Unserer Kenntnis nach nehmen die Fachleiter*innen ihre Aufgaben dauerhaft wahr, auch wenn kurzzeitig geringe Kapazitäten in den Drittfächern der Grundschule frei werden. Fachseminare, Wahlpflichtangebote, Teamzeiten und Aufgaben im Studienseminar stehen ganzjährig an und werden auch außerhalb der Beratungsarbeit vollständig wahrgenommen.

5. Wie können und sollten aus Ihrer Sicht Zulagen für Fachleiterinnen und -leiter gestaltet werden, gerade bei „kleinen Fächern“?

Sollte die Anzahl der Lehramtsanwärter*innen bei den „kleinen Fächern“ unter einer hälftigen Auslastung liegen, kann eine ruhegehaltsfähige Zulage die zu erwartende Ungleichbehandlung mindern.

6. Welche Anrechnungsmöglichkeiten und damit verbundene Möglichkeiten einer Zulage sollten es bereits ab der Betreuung des/der ersten Lehramtsanwärter*in geben?

Ab der Betreuung des/der ersten Lehramtsanwärter*in sollte es eine ruhegehaltsfähige Zulage geben, wenn Seminare und weitere Ausbildungsformate geleistet werden. Auch „kleine Fächer“ haben im Unterrichtsalltag der Grundschule eine große Bedeutung.

7. Sollte die Zulage ruhegehaltsfähig sein?

Die Zulage sollte im Sinne der Gleichbehandlung unbedingt ruhegehaltsfähig gestaltet sein, da es sonst wieder ein großes Ungleichgewicht zu den bestellten Fachleitern gibt, deren Gehaltsgruppe A14 für das Ruhegehalt angerechnet wird.

8. Welche begleitenden Maßnahmen sollten zur Steigerung der Attraktivität der Fachleiter*innen Tätigkeit untergeordnetlich geprüft werden?

Zur Steigerung der Attraktivität der Fachleitertätigkeit könnten kurzfristige Kapazitäten der Fachleiter*innen der Drittfächer für anstehende Projektaufgaben am Studienseminar genutzt werden. (Digitalisierung, Ausgleich von krankheitsbedingten Ausfällen von Kolleg*innen und Bibliothek)

9. Welche sonstigen Kosten/Aufwand sind bei der durch die Betreuung eines Lehramtsanwärters/ einer Lehramtsanwärterin? Sollte hier eine Differenzierung von Stunden und/oder von Aufgabenstellungen sinnvoll sein?

Da bei allen Anzahlen Fachseminare und weitere Ausbildungsformate geleistet werden, ist eine Differenzierung der Zulage wenig sinnvoll.

Der Aufgabenbereich eines Fachleiters/ einer Fachleiterin umfasst:

- die pädagogische, fachdidaktische und fachmethodische Ausbildung der Lehramtsanwärter in Theorie und Praxis
- Planung und Organisation aller für die pädagogisch-praktische Ausbildung im Vorbereitungsdienst erforderlichen Ausbildungsveranstaltungen, einschließlich der Lehrproben und Mitwirkung bei der Durchführung der Zweiten Staatsprüfung in Absprache/Abstimmung mit der Seminarleitung
- Durchführung von Unterrichtsbesuchen sowie Führen der dazugehörigen Beratungsgespräche
- Erstellen von Beurteilungen
- Zusammenarbeit mit der Seminarleitung, mit den an der Ausbildung von Lehramtsanwärtern beteiligten Fachleiter*innen, Verantwortlichen für Ausbildung und fachbegleitenden Lehrer*innen

- Zusammenarbeit mit den Staatlichen Schulämtern, den Ausbildungsschulen, dem ThILLM und den Universitäten

Diese Aufgaben haben der Fachleiter*in zu erfüllen, auch wenn er/ sie nicht die erforderliche Anzahl von 8 Lehramtsanwärter*innen ausbildet. Eine Anrechnung von 1,5 h pro Lehramtsanwärter*in ist hier zu knapp bemessen, wenn Fachseminar und weitere Ausbildungsformate vollumfänglich geleistet werden. Eine höhere Anrechnung ist aus unserer Sicht angemessen. Zwischen 4 und 8 Lehramtsanwärter*innen braucht es besonders in den Drittfächern der Grundschule zwei Tage für Hospitationen, Lehrproben und Prüfungen. Ein Ausgleich mit Aufgaben am Studienseminar ist angeraten.

Wie bereits in der Beantwortung der anderen Fragen ausgedrückt, sollten auch die Fachleiterinnen der Dritt- und Mangelfächer die gleiche Wertschätzung ihrer Tätigkeit erfahren und die volle Zulage erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetellDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetellDokG in der Betelligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3388 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>TPhV</td> <td>Verein / Gewerkschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Monitzwitzer Str. 11</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>99089 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TPhV	Verein / Gewerkschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Monitzwitzer Str. 11	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	99089 Erfurt	Postleitzahl, Ort			
Name	Organisationsform												
TPhV	Verein / Gewerkschaft												
Geschäfts- oder Dienstadresse	Monitzwitzer Str. 11												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	99089 Erfurt												
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Lehrgewerkschaft zur Vertretung der Interessen der Gymnasiallehrkräfte</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Erfurt, 08.07.21

Thüringer Philologenverband
Geschäftsstelle
Moritzwallstraße 11
99089 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
09.07.2021 15:14

17703/2021



Thüringer Philologenverband

Die Gewerkschaft der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer

Thüringer Philologenverband • Arnstädter Straße 50 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
-Haushalts- und Finanzausschuss-
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

E-Mail:
rechtsfragen@tphv.de

Betrifft:
Zweites Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/3386-

Erfurt, den 08.07.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem oben aufgeführten Gesetzentwurf möchte der Thüringer Philologenverband einige grundsätzliche Anmerkungen machen.

Wie bereits mehrfach dargestellt kann die Gewährung einer Zulage aus Sicht des Thüringer Philologenverbandes nur eine Übergangslösung sein.

Zur langfristigen Sicherung der Attraktivität des Thüringer Schuldienstes sind echte Entwicklungsperspektiven für engagierte Lehrkräfte in Form von Funktionsstellen in allen Schularten erforderlich.

Der TPhV verweist in diesem Zusammenhang wiederholt auf sein bereits im Jahr 2015 erstelltes Beförderungskonzept.

Die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Lösung der Zahlung einer Zulage

für unterhältig verwendete Fachleiter, die kein Funktionsamt bekleiden können, wäre zumindest vorübergehend geeignet, um einem massiven Fachleiterverlust durch Funktionsniederlegung der Betroffenen zu vermeiden.

Auf längere Sicht ist diese vorgeschlagene Neuregelung jedoch keine Lösung.

**Geschäftsstelle
des TPhV**
Moritzwallstraße 11
99089 Erfurt

e-mail:
geschaeftsstelle@tphv.de

Zu den im Rahmen der Gesetzhörung gestellten neun Fragen kann der TPhV folgendes aussagen:

Zu 1. wurde bereits in der Stellungnahme vom 30.11.20 ausgeführt:

In den nächsten 5-10 Jahren werden in nahezu allen Schularten die knappe Hälfte des Personals in Rente/Pension gehen. Der Bedarf ist also in allen Schularten und Fächern gegeben. In den Schularten Regelschule, Förderschule und Berufsbildende Schule werden die Bedarfe besonders ausgeprägt sein, da hier Studierende fehlen. Auch in den meisten MINT-Fächern wird es einen größeren Bedarf als Bewerber geben.

Zu 2. und 3.

Die Ausbildungskapazitäten waren bisher eher eine Frage der bereitgestellten Ausbildungsplätze.

Mit der Einstellung der Seiteneinsteiger ist jedoch nun tatsächlich ein akuter Bedarf an Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren entstanden. Diese sind sowohl räumlich als auch personell derzeit schwer zu decken. Die Attraktivität der Funktion des Fachleiters wird künftig ein entscheidender Baustein bei der Deckung von Ausbildungsbedarfen in Thüringen sein.

Zu 4.

Sowohl als auch. Die Wahrnehmung der Aufgaben ist von den Gegebenheiten im Fach sowie in der Schulart abhängig. Viele Fachleiter an allgemeinbildenden Schulen nehmen die Aufgabe jedoch dauerhaft wahr.

Zu 5. und 6.

Siehe grundsätzliche Bemerkungen.

Zu 7.-9.

Fachleiter benötigen bei der Betreuung von Lehramtsanwärtern mehr Zeit in Form von Anrechnungsstunden für die Betreuung und die Hospitation. Die derzeitigen Möglichkeiten für Hospitationen ohne Bewertung in der Ausbildungszeit sind zu gering.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringisches Landtagsrat	e. V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Komm. Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO Art 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kritischer Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Stz 09.07.2021	

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <i>Verband Sonderpädagogik e.V.</i> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Langer, Gisela</i></td> <td><i>Verband Sonderpädagogik Landesverband Thüringen e.V.</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>Geschäftskette</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Am alten Markt 9</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>07 Günterlehe 99868 Drei Gleichen</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Langer, Gisela</i>	<i>Verband Sonderpädagogik Landesverband Thüringen e.V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Geschäftskette</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Am alten Markt 9</i>	Postleitzahl, Ort	<i>07 Günterlehe 99868 Drei Gleichen</i>
Name	Organisationsform										
<i>Langer, Gisela</i>	<i>Verband Sonderpädagogik Landesverband Thüringen e.V.</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Geschäftskette</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Am alten Markt 9</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>07 Günterlehe 99868 Drei Gleichen</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Ehrenamt; mit VR 566 im Amtsgericht Erfurt eingesetzt - Gemeinnützigkeit anerkannt (Förderung der Erziehung, der Volks- und Berufsbildung, einschl. Schülerhilfe)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Würdigung des besonderen Aufbaus der Berufsgruppe - Besetzung von Leistiköpfen - Sicherung der zukünftigen Ausbildung u. Lehrkräfte	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Die Gleichen, am 19. Juli 2021	

Landesverband Thüringen e. V.

Stellungnahme zum Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zur Drucksache 7/3386

Die Drucksache befasst sich mit der Änderung des Besoldungsgesetzes. Der Verband Sonderpädagogik e. V. ist ein Fachverband. Daher kann hier zu den Fragen von Besoldung und Eingruppierung keine Stellungnahme erfolgen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herzlichen Dank, für die Möglichkeit einer Stellungnahme durch den Verband Sonderpädagogik - Landesverband Thüringen e. V..

1. Wie beurteilen Sie die Bedarfe an Lehrkräften in den nächsten 5 und den nächsten 10 Jahren nach Schularten und Fächern?

Der Bedarf von Fachleiterinnen und Fachleitern kann nicht in Zahlen beantwortet werden. Bei Betrachtung der demographischen Entwicklung ist zu erkennen, dass in den kommenden Jahren eine Vielzahl der Lehrerinnen und Lehrern ihr Berufsleben beenden und somit auch Fachleiterinnen und Fachleiter für Förderpädagogik. Schon heute können in allen Schulamtsbereichen offene Stellen nicht besetzt werden. Fehlendes Lehrpersonal bedeutet auch fehlende Fachleiterinnen und Fachleiter. Welche Fächer betroffen sein werden, kann der vds nicht prognostizieren.

Die Universität Erfurt hat erfreulicherweise die Zahl der Studienplätze im Lehramt für Förderpädagogik vor einigen Jahren von 25 jährlich auf 80 bzw. 100 erhöht. Dadurch steigt der Bedarf von Fachleitern und Fachleiterinnen am Studienseminar.

2. Wie beurteilen Sie die Abschaffung des Amtes des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2011 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

Die Abschaffung des genannten Amtes führte zu einer geringeren Wertschätzung der Tätigkeit der Fachleiterinnen und Fachleiter.

3. beurteilen Sie die Abschaffung der Zulage des Fachleiters / der Fachleiterin an einem Studienseminar 2020 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren.

Durch die Abschaffung ging der Anreiz zum Bewerben für diese besondere Aufgabe verloren.

- 4. Nehmen die Fachleiterinnen und Fachleiter an den Studienseminaren, Ihrer Kenntnis nach, die Aufgaben dauerhaft oder nur zeitweise wahr?**

Im Bereich Förderpädagogik nehmen die Fachleiterinnen und Fachleiter ihre Tätigkeit in der Regel dauerhaft wahr.

An Thüringen Universitäten können die Förderschwerpunkte Sehen, Hören, körperlich-motorische Entwicklung und Sprache nicht studiert werden. Im Studienseminar werden auch Bewerberinnen und Bewerber aufgenommen, die in diesen Fachrichtungen einen Abschluss in anderen Bundesländern erworben haben.

Für diese Fachrichtungen gestaltet es sich die Suche nach Fachleiterinnen und Fachleitern sehr schwierig. Wenn doch (glücklicherweise) Bereitschaft erklärt wird, nehmen diese ihre Aufgaben nur zeitweise wahr.

- 5. Wie können und sollten aus Ihrer Sicht Zulagen für Fachleiterinnen und Fachleiter realisiert werden, gerade bei „kleinen“ Fächern?**

Um die Fachlichkeit der Ausbildung in der Zweiten Phase qualitativ hochwertig aufrechterhalten zu können, müssen zielführende Maßnahmen überlegt und ergriffen werden.

- 6. Welche Anrechnungsmöglichkeiten und damit verbundene Möglichkeiten einer Zulage sollte es bereits ab der Betreuung der ersten Lehramtsanwärterin / des ersten Lehramtsanwärters geben?**

- 7. Sollte die Zulage ruhegehaltstfähig gestaltet sein?**

- 8. Welche begleitenden Maßnahmen sollten zur Steigerung der Attraktivität der Fachleitertätigkeit untergesetzlich ergriffen werden?**

Die Aufgaben der Fachleiterinnen und Fachleiter gehören generell auf den Prüfstand. Es muss eine Abwägung erfolgen, wie hoch der Anteil der Arbeitszeit an den Schulen und wie hoch der Anteil der Tätigkeit im Staatlichen Studienseminar zukünftig sein soll.

- Dienstvorgesetzte am Studienseminar für klare und kurze Kommunikationswege (Dienst- und Fachaufsicht am Studienseminar)**

- 9. Welcher realistische Arbeitsaufwand entsteht durch die Betreuung einer ersten, zweiten, dritten und weiteren Lehramtsanwärterin bzw. -anwärters? Sollte hier bei der Anrechnung von Stunden und der Gewährung von Zulagen differenziert werden?**

Folgender Arbeitsaufwand ist zu berücksichtigen (die Aufzählung ist nicht abschließend):

- Unterrichtsbesuche, Ausbildungsgespräche, Lehrproben und Prüfungen
- Bearbeitung von Seminaufgaben

- Schreiben von Beurteilungen
- Austausch/Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen (an den Ausbildungsschulen und im Studienseminar)
- Individuelle Kontakte/Gespräche mit den Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern
- Weiterqualifizierung und Fortbildung

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung
Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzende

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Vertretung des Studienseminars für Lehrerbildung Erfurt - Lehramt an berufsbildenden Schulen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/3386 -		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Die Vertretung der Fachleiter*innen des Studienseminars für Lehrerbildung Erfurt-Lehramt an berufsbildende Schulen	Öffentliche Anstalt
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Studienseminar Erfurt, Lehramt an berufsbildende Schulen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 28
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Professionalisierung von Lehramtsanwärter* innen und Nachqualifizier*innen für berufsbildende Schulen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Änderung des ThürBesG / Wegfall der Zulage für Fachleiter*innen / Gefährdung der Ausbildung des Lehrernachwuchses und der Funktionsfähigkeit des Systems der beruflichen Bildung, insb. in Mangel- und systemrelevanten Berufen / Erwägung des solidarischen Rückzugs des Gros der Fachleiter*innen des Studienseminars bbS zum 31.07.2021 / Forderung: (Weiter-)Gewährung der Zulage für alle Fachleiter*innen auch unter hälftiger Verwendung in allen Thüringer Schulämtern sowie die verbindliche Zusage der Schaffung und Ausschreibung einer ausreichenden Anzahl der bereits gesetzlich verankerten und zugesagten Funktionsstellen als Seminarrektor (A 14) für Fachleiter*innen mit mindestens hälftiger Verwendung bis zum Beginn des Schuljahres 2021/22	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Es wurde von den Fachleitern des Staatlichen Studienseminars für Lehrerbildung Erfurt - Lehramt an berufsbildenden Schulen ein Offener Brief an Minister Holter verfasst, der sich mit der Problematik und den Folgen der Änderung des ThürBesG vom 21.12.2020 befasst. Diese Gesetzesänderung grenzt mehr als ein Drittel aller Fachleiter in Thüringen aus und gefährdet somit eine professionelle und qualitativ hochwertige Ausbildung in den Studienseminaren für Lehrerbildung und gefährdet die Funktionsfähigkeit des Systems der beruflichen Bildung in Thüringen nachhaltig.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 26.6.21	

Den Mitgliedern des

HuFA

.....

Thüringer Landtag
Kenntnisnahme

7 / 4 1 3 -

zu Dis. 7/3386

Gesendet: Donnerstag, 10. Juni 2021 17:08

An: Landtag Poststelle <poststelle@thueringer-landtag.de>

Betreff: Offener Brief der Fachleiter an den Haushalts- und Finanzausschuss

Sehr geehrte Mitglieder des Haushalts-und Finanzausschusses im Thüringer Landtag,

anbei übersenden wir Ihnen einen Offenen Brief der Fachleiter*innen des Staatlichen Studienseminars für Lehrerbildung – Lehramt an berufsbildenden Schulen, der die Probleme der beruflichen Bildung, insb. im Hinblick auf die Professionalisierung von Lehrer*innen im Zusammenhang mit der Novelle des Thüringer Besoldungsgesetzes vom 21. Dezember 2020 thematisiert.

Wir sind gern bereit mit Ihnen über diese Problematik vertiefend zu diskutieren.

Die Fachleiter*innen des Staatlichen Studienseminars für Lehrerbildung –
Lehramt an berufsbildenden Schulen

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Herr Minister Helmut Holter
Werner-Seelenbinder-Straße 7
99096 Erfurt

Die Fachleiter*innen des
Staatlichen Studienseminars
für Lehrerbildung –
Lehramt an berufsbildenden
Schulen

Erfurt, den 20. Mai 2021

**Offener Brief der Fachleiter*innen des Staatlichen Studienseminars für
Lehrerbildung – Lehramt an berufsbildenden Schulen an das Thüringer
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**

Änderung des ThürBesG / Wegfall der Zulage für Fachleiter*innen / Gefährdung der Ausbildung des Lehrernachwuchses und der Funktionsfähigkeit des Systems der beruflichen Bildung, insb. in Mangel- und systemrelevanten Berufen / Erwägung des solidarischen Rückzugs des Gros der Fachleiter*innen des Studienseminars bbS zum 31.07.2021

Sehr geehrter Herr Minister Holter,

mit dem Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes vom 21. Dezember 2020 wurde die Zulage für Fachleiter*innen (A 13) in Höhe von 351,51 Euro ersatzlos gestrichen. Zudem wurde die Wiedereinführung des bereits 2011 ersatzlos gestrichenen Beförderungsamtes des Seminarrektors (A 14) mit einer dreijährigen Übergangs- bzw. Umsetzungsfrist bis zum 31. Dezember 2023 in Aussicht gestellt. Diese Novelle ist unseres Erachtens erstens undurchdacht und zweitens ungerecht. Sie gefährdet nicht nur nachhaltig die Ausbildung des dringend benötigten Thüringer Lehrkräftenachwuchses und in dessen Folge die Funktionsfähigkeit des Systems der beruflichen Bildung, sondern führt in letzter Konsequenz zur weitgehenden Einstellung der Ausbildung von Mangelberufen in systemrelevanten Berufsfeldern und in dringend notwendigen Unterrichtsfächern. Dies betrifft bspw. die Berufsfelder Elektro- und Informationstechnik, Labor-, Prozess- und Verfahrenstechnik sowie Gesundheit und Pflege ebenso wie u. a. die Unterrichtsfächer Biologie, Physik, Informatik und Deutsch. Da die berufliche Bildung sowohl Teil des Erziehungs- als auch Teil des Wirtschaftssystems ist, ergeben sich daraus überdies nachhaltige Probleme in der Versorgung der Thüringer Wirtschaft mit dringend benötigten Fachkräften, was vor dem Hintergrund eines sich ohnehin stetig verschärfenden Fachkräftemangels in Thüringen hoch problematisch erscheint.

Eine – wie in den Überleitungs- und Übergangsbestimmungen des Änderungsgesetzes vom 21. Dezember 2020 – auch für das Beförderungsamts des Seminarrektors vorgesehene hälftige Verwendung (im Umfang von 12 von 24 Wochenstunden in der beruflichen Bildung) ist in diesen und weiteren Berufsfeldern und Unterrichtsfächern aufgrund der geringen Anzahl und der stetigen Veränderung der Anzahl der Lehramtsanwärter*innen und/oder Nachqualifizier*innen sowie des dringend notwendigen Einsatzes der betreffenden Fachleiter*innen an ihren Schulen z. T. schlicht nicht möglich. Dies ist zum einen der Größe der betreffenden Berufsfelder oder Unterrichtsfächer geschuldet und zum anderen u. a. eine direkte Folge des gravierenden Lehrkräftemangels an berufsbildenden Schulen in Thüringen.

Außerdem kommt durch diese Gesetzesinitiative eine eklatante Geringschätzung der hoch professionellen Tätigkeit der Fachleiter*innen in der beruflichen Bildung zum Ausdruck. Fachleiter*innen organisieren einerseits die fachbezogene Lehrerausbildung durch regelmäßige (Fach-)Seminare im Studienseminar und professionalisieren andererseits die angehenden Lehrer*innen in Berufsfeldern und Unterrichtsfächern sowie in pädagogischen und diagnostischen Settings im Rahmen der zweiten Phase der Lehramtsausbildung an den Ausbildungsschulen in ganz Thüringen. Zudem begutachten und bewerten Sie die Kompetenzentwicklung der angehenden Lehrkräfte und arbeiten z. T. in der ersten und dritten Phase der Lehrer*innenbildung als Lehrbeauftragte an Universitäten und als Dozenten am Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) mit. Sie sind in der Regel selbst Lehrer*innen an berufsbildenden Schulen mit besonderen pädagogischen und fachdidaktischen Kompetenzen sowie umfassenden beruflichen Erfahrungen in der beruflichen Bildung und der Professionalisierung von Lehrer*innen. Fachleiter*innen müssen über ein überdurchschnittliches Professionswissen (pädagogisches, diagnostisches, fachliches, fachdidaktisches, Organisations- und Beratungswissen) sowie Überzeugungen und Werthaltungen, motivationale und selbstregulative Orientierungen verfügen. Dies ist insb. notwendig, da ihr Augenmerk nicht ausschließlich ihren eigenen kritisch-reflexiven evidenzbasierten Unterrichtsentwicklung und der Schulentwicklung an ihrer Dienststelle, sondern der kritisch-reflexiven evidenzbasierten Schul- und Unterrichtsentwicklung vor dem Hintergrund der Kompetenzentwicklung von angehenden Lehrer*innen im Allgemeinen in Thüringen gilt. Sie erfüllen mithin eine Aufgabe von herausragender gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, die zudem die erweiterten Anforderungen an die Professionalität zukünftiger Lehrer*innen (u. a. im Hinblick auf Interkulturalität, Migration, Inklusion, pädagogisch fundierter Digitalisierung, Persönlichkeitsentwicklung und -bildung, Arbeit in Teams, individueller Förderung) berücksichtigen muss. Von der Qualität der Arbeit der Fachleiter*innen hängt somit auch die Qualität des Systems der beruflichen Bildung unmittelbar ab. Dies betrifft zum einen die Professionalität zukünftiger Berufsschullehrer*innen und zum anderen u. a. über diese die Qualität, Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit des Dualen Systems der Berufsausbildung und des beruflichen Vollzeitschulbereiches in Thüringen.

Für diese Tätigkeit erhalten Fachleiter*innen zum einen Abminderungsstunden, um dieser professionellen Tätigkeit überhaupt nachgehen zu können, und andererseits erhielten Sie bis zum 31. Januar 2021 eine im Bundesvergleich geringe Aufwandsentschädigung bzw. Zulage in Höhe von 351,51 Euro. Diese Zulage wurde in der Vergangenheit von allen Schulämtern mit Ausnahme des Schulamtes Westthüringen auch unterhalb der hälftigen Verwendung mit der nicht amtlichen Begründung gewährt, dass auch der Unterricht der Fachleiter*innen an ihren Schulen zu ihrer Fachleitertätigkeit gehört. Dies ist unseres Erachtens auch sinnvoll. Der Unterricht der Fachleiter*innen muss immer höchsten Anforderungen genügen, da er immer für alle Lehramtsanwärter*innen, Nachqualifizierer*innen und interessierte Kolleg*innen offensteht und die Fach-

leiter*innen u. a. auch Ansprechpartner und Expert*innen für spezielle Aufgaben der Schul- und Unterrichtsentwicklung in den Schulen in Thüringen sind und diese und weitere Aufgaben nicht an der Türschwelle des Studienseminars enden.

Zu bedenken ist zudem, dass die Stellenzulage einerseits eine Form der Wertschätzung der professionellen Tätigkeit der Fachleiter*innen ist und andererseits als Kompensation für die nicht unerheblichen Reisekosten der Fachleiter*innen aus ganz Thüringen zum Studienseminar in Erfurt dient, die derzeit nach dem Thüringer Reisekostengesetz mit 17 Cent pro Kilometer nicht hinreichend durch den Dienstherrn alimentiert werden. Dies trifft ebenfalls im Besonderen auf die berufliche Bildung zu, da die Fachleiter*innen im Gegensatz zu den Kolleg*innen im allgemeinbildenden Bereich aus ganz Thüringen nach Erfurt kommen und in ganz Thüringen im Einsatz sind und vor dem Hintergrund von vier Einstellungsterminen im Jahr im Zusammenhang mit der z. T. geringen Anzahl an Lehramtanwärter*innen und/oder Nachqualifizier*innen u. a. deutlich mehr Seminarveranstaltungen anbieten müssen.

Im Staatlichen Studienseminar für Lehrerbildung – Lehramt an berufsbildenden Schulen sind derzeit ca. 40 Fachleiter*innen tätig, von denen aktuell lediglich 15 den Tatbestand der hälftigen Verwendung erfüllen. Diese 15 Fachleiter*innen erhalten in Folge der Novelle ab 01. Februar 2021 weiterhin die Zulage. Für die verbleibenden Fachleiter*innen ergibt sich aus dem Änderungsgesetz vom 21. Dezember 2020 der Wegfall der bisherigen Zulage zum 01. Februar 2021. Zudem unterliegen auch Teile der erstgenannten Fachleiter*innen einer gewissen Fluktuation der Lehramtsanwärter*innen und Nachqualifizierer*innen in ihren jeweiligen Berufsfeldern und/oder Unterrichtsfächern, woraus sich ein Wegfall der Zulage in den kommenden Schulhalbjahren innerhalb der dreijährigen Übergangsfrist ergeben kann. Insofern wird die Gewährung der Zulage von Bedingungen abhängig gemacht, die von günstigen oder ungünstigen Umständen im jeweiligen Berufsfeld und/oder Unterrichtsfach abhängen und überdies erhalten alle Fachleiter*innen, die nach dem 01. Februar 2021 in die hälftige Verwendung kommen, für die Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2023 ebenfalls keine Zulage. Letzteres kann auch für die derzeit gut ausgelasteten Kolleg*innen im allgemeinbildenden Bereich hoch problematisch werden, wenn infolge der zu erwartenden coronabedingten Einbrüche der Anzahl der Lehramtsabsolvent*innen an den Universitäten die Fachleiter*innen in der Übergangsfrist bis 31. Dezember 2023 aus der hälftigen Verwendung fallen. Unseres Erachtens hätte dieser Passus nicht nur den Initiatoren des Änderungsgesetzes als ungerechtfertigte Ungleichbehandlung erscheinen müssen.

Ferner erschwert dieser Punkt die ohnehin schwierige Rekrutierung neuer Fachleiter*innen vor dem Hintergrund des eklatanten Lehrermangels an berufsbildenden Schulen in Thüringen nachhaltig. Nicht nur, dass es zukünftig keinen pekuniären Anreiz für Fachleiter*innen unter hälftiger Verwendung mehr gibt diese professionelle und hochgradig systemrelevante Aufgabe zu übernehmen, sondern in den kommenden drei Jahren wird ab dem 1. Februar 2021 auch bei Erreichen der hälftigen Verwendung keine Zulage mehr gezahlt.

Aus den hier genannten Gründen fordern wir die sofortige (Weiter-)Gewährung der Zulage für alle Fachleiter*innen auch unter hälftiger Verwendung in allen Thüringer Schulämtern sowie die verbindliche Zusage der Schaffung und Ausschreibung einer ausreichenden Anzahl der bereits gesetzlich verankerten und zugesagten Funktionsstellen als Seminarrektor (A 14) für Fachleiter*innen mit mindestens hälftiger Verwendung bis zum 26. September 2021. Eine dreijährige Übergangsfrist halten wir für nicht nachvollziehbar und vollkommen unangebracht. Anzumerken ist dazu überdies, dass in der Mehrzahl der Bundesländer Fachleiter*innen mit A 15 besoldet werden oder eine adäquate Zulage unabhängig von einer hälftigen Verwendung für Ihre profes-

sionelle Tätigkeit erhalten. Letzteres gilt in Thüringen zudem u. a. für die Übernahme besonderer Aufgaben durch Verantwortliche für Ausbildung in den Schulen. Zudem möchten wir gegenüber unserem Dienstherrn deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir keine austauschbaren Einheiten, sondern Menschen sind. Menschen, die einer professionellen Tätigkeit als Fachleiter*innen und Lehrer*innen an berufsbildenden Schulen nachgehen und diesbezüglich eine entsprechende Wertschätzung und gerechte Besoldung oder doch zumindest eine Aufwandsentschädigung in Form einer Zulage erwarten können.

Wir hoffen durch dieses Schreiben, die Probleme der beruflichen Bildung und die daraus resultierenden weitreichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen infolge der Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes vom 21. Dezember 2020 deutlich gemacht zu haben. Wir bedauern, diesen Weg wählen zu müssen, halten aber die offene Kommunikation dieser Missstände vor dem Hintergrund der gewissenhaften Erfüllung unserer Amtspflichten für unumgänglich, da unser Anliegen zum einen kein Gehör findet und zum anderen das Gros der Fachleiter*innen auch aus Solidarität mit ihren Kolleg*innen ernsthaft erwägt, sich zum 31. Juli 2021 von ihren Aufgaben entbinden zu lassen, um mit ihrem gesamten Pflichtstundenkontingent die beruflichen Schulen im ohnehin äußerst angespannten System der beruflichen Bildung in Thüringen vor dem Hintergrund des sich stetig verschärfenden Lehrermangels zu unterstützen. Dies hätte nicht nur weitreichende Konsequenzen für die Funktionsfähigkeit und die zukünftige Qualität der Lehrerausbildung an berufsbildenden Schulen in Thüringen, sondern auch für die Funktionsfähigkeit des Dualen Systems der Berufsausbildung und die beruflichen Vollzeitschulen sowie für die Versorgung der Thüringer Wirtschaft mit dringend benötigten Fachkräften.

Da wir nach wie vor – auch vor dem Hintergrund der grundsätzlich wohlwollenden politischen Positionierung der regierenden Parteien für die Belange der beruflichen Bildung in Thüringen – an eine konstruktive Lösung des Problems glauben, möchten wir hiermit noch einmal unsere grundsätzliche Gesprächsbereitschaft signalisieren und die weiteren Empfänger*innen dieses offenen Briefes, um ihre Commitment und Ihre Unterstützung bitten.

Die Fachleiter*innen des Staatlichen Studienseminars für Lehrerausbildung –
Lehramt an berufsbildenden Schulen

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)